MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943
1926

43 (27.1.1926) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-227745

Mittwoch, 27. Januar — Mittag-Ausgabe — Preis 10 Pfennig — 1926 — Nr. 43

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich R.-M. 2.50 ohne Bestellgeld. Bei eventl. Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto Nr. 17590 Karlsruhe — Hauptgeschäftsstelle E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstellen Waldhofstraße 6, Schwetzingerstraße 24, Meerfeldstraße 11. — Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentl. zwölfmal. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 7941 7942 7943 7944 u. 7945

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einsp. Kolonelzeile für Allgem. Anzeigen 0.40 R.-M. Reklam. 3—4 R.-M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr — Gerichtsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel — Aus Zeit und Leben — Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage — Aus der Welt der Technik — Wandern und Reisen — Gesetz und Recht

Die kritische Lage des Reichskabinetts

Die Kabinettspremiere und ihr Schlußeffekt

⊡ **Berlin**, 27. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Gestern hat Dr. Luther dem Reichstag sein zweites Kabinett vorgeführt. Es unterscheidet sich — so wenig das rein äußerlich in die Erscheinung tritt — seiner inneren Struktur nach sehr beträchtlich von dem, das vor einem Jahr die Regierungsestrade einnahm. Dem Umstand, Dr. Luther erwähnt ihn nicht ohne einen leisen Unterton der Wehmut, daß die gegenwärtige Regierung im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin sich nur auf eine Minderheit stützt, hatte die Programmerklärung in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Das Werben um die Gunst der außerhalb des Kabinetts stehenden Parteien schien dem Kanzler nicht ganz leicht zu fallen, da er aber nun einmal darauf angewiesen ist, sich von Fall zu Fall eine Mehrheit zusammenzusuchen, mußte er sich hüten, nach der einen oder der anderen Seite hin Anstoß zu erregen, mußte er vielmehr darnach trachten, möglichst überall Zufriedenheit zu erwecken. Unter den augenblicklichen Verhältnissen eine verzweifelt schwierige Aufgabe, die restlos zu lösen Herrn Dr. Luther natürlich nicht beschieden war. Daß bei solchen Bemühungen die Darlegungen des Kanzlers an einer gewissen Farblosigkeit krankten, über die der völkische Herr Gräfe gut spotten hatten, läßt sich begreifen. Immerhin: ein etwas lebhafterer Pulsschlag, etwas mehr Farbe und Blut wäre der Kanzlerrede zu wünschen gewesen.

Sie war in ihrem Hauptteil, wie es in der Natur der Sache lag, der inneren Politik gewidmet, den wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Fragen. Was sie auf diesem Gebiet als Richtschnur wies, kann den Parteien zu Beanstandungen nicht viel Anlaß geben. Allen Berufsschichten wurde aus dem Füllhorn der Versprechungen ihr Teil zugewiesen. Der Landwirtschaft verheißt die Regierungserklärung Kredit und andere noch näher zu bestimmende Hilfsmaßnahmen, den Konsumenten weiteren Preisabbau, der Arbeiterschaft Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge und der Gesamtwirtschaft, Reduzierung der Steuern auf ein vernünftiges Maß. Allerdings handelt es sich bei all dem um Eventualversprechungen, die von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abhängig gemacht werden. Eine Programmrede, noch dazu eine so knapp gehaltene wie diese, verpflichtet nicht, über das „wie" eingehend zu unterrichten. Von den Spezialressorts, von den alten und neuen Männern, die an der Spitze stehen, und unter denen mancher ist, der zu den besten Hoffnungen berechtigt, wird es abhängen, die Praxis mit der Theorie in Einklang zu bringen. Daß in der Frage der Fürstenabfindung Dr. Luther, wie er es zart ausdrückte, dem Lande „die Unruhen eines Volksentscheids" ersparen möchte, kam der Linken, insbesondere den Sozialdemokraten, nach der Ankündigung der Regierungsparteien, eine reichsgesetzliche Regelung anzustreben, nicht unerwartet. Ersichtlich verstimmt aber waren sie darüber, daß der Kanzler in seinem kurzen außenpolitischen Exposee keinen festen Termin für den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

angab, da die Verhandlungen über die Rückwirkungen noch in der Schwebe sind. Da namentlich in der Angelegenheit der Besatzungsstärke der 2. und 3. Zone die Regierung noch um die Durchsetzung ihres Standpunktes ringt, ist ihr im gegenwärtigen Augenblick eine andere Stellung einzunehmen kaum möglich. Es lag ihr daran, daß der deutschnationale Antrag über die Aussetzung des Eintritts in den Völkerbund bis zur Regelung der Vorfragen vertagt würde.

Dieser Logik haben sich die Sozialdemokraten leider nicht gefügt, sie sehen offenbar in der Einstellung der Regierung eine Konzession an die Deutschnationalen und sie machten ihrem Unwillen dadurch Luft, daß sie in der nachfolgenden Geschäftsordnungsdebatte sich für den deutschnationalen Antrag einsetzten, so daß die Regierungsparteien, die auf diese Ueberraschung nicht gefaßt sein konnten, sich unversehens in die Minderheit gedrängt sahen.

Es wird, zumal im deutschnationalen Blätterwald ob dieser „Niederlage" der Regierung vermutlich ein großes Jubilieren anheben. Wir möchten meinen, daß man den an sich gewiß unerfreulichen Schlußeffekt der Kabinettspremiere nicht überschätzen sollte. Schlimmstenfalls handelt es sich um eine Schlappe, die bei geschickterer Regie sich vielleicht hätte vermeiden lassen; denn, ob der deutschnationale Antrag auf der Tagesordnung steht oder nicht, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund läßt sich ja doch nicht aus der Debatte ausschalten. Die Regierung aber kann sich jederzeit auf die Erklärung zurückziehen, daß ihr die Sache noch nicht spruchreif erscheint. Aus dem Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen aber nun gleich die Folgerung zu ziehen, daß des neuen Kabinetts Schicksal so gut wie besiegelt sei, ist durchaus abwegig. Die Sozialdemokraten namentlich haben ein Interesse daran, der Regierung die Fortexistenz zu erleichtern, da sie nichts besseres an ihre Stelle zu setzen haben.

Die Meinung der Berliner Parteipresse

⊡ **Berlin**, 27. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Im Mittelpunkt der Erörterungen über die Regierungserklärung steht, wie sich denken läßt, der Vorgang am Schluß der Sitzung. Auch die der Regierung nahe stehende Presse ist sich des Ernstes der Lage vollkommen bewußt. Trotzdem hält sie übertriebenen Pessimismus für unangebracht. Dr. Luther, so schreibt das „B. T.", müßte nicht der energische Mann sein, der sich schon so oft durchgesetzt hat, wenn er sich dadurch ins Bockhorn jagen ließe. Immerhin war unverständlich, daß die Sozialdemokraten hilfsbereit den Deutschnationalen die Steigbügel hielten; denn letzten Endes läuft der deutschnationale Antrag auf eine Verhinderung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hinaus und das liegt doch wohl nicht in der Absicht der Sozialdemokratie. Die „Vossische Ztg.", die sich nicht in allen Stücken mit der Kanzlerrede einverstanden erklären vermag, warnt Dr. Luther, die parlamentarische Klugheit zu überspitzen und sich der Gefahr auszusetzen, eines Tages gar keine Mehrheit zu haben und zwischen den zwei großen Flügelparteien wie zwischen zwei Stühlen sitzen zu bleiben. Die gestrige kleine Schlappe soll als Warnungszeichen immerhin nicht unterschätzt werden.

Die „Germania", die gleichfalls eingestehen muß, daß die gestrige erste Probe aufs Exempel nicht gerade ermutigend war, weist den Vorwurf der Farblosigkeit zurück. Das Kabinett sei auf die Unterstützung der Nachbarparteien angewiesen. Wollte es sich nicht von vornherein die Gunst einer der beiden Flügelparteien verscherzen, so war es gezwungen, seine Aufgaben mehr andeutend als ausführlich zu behandeln.

Die „Tägliche Rundschau" schließt aus der Absicht, die Debatte so kurz wie möglich zu halten und schon am Donnerstag die Entscheidung herbeizuführen, daß man gleichgültig aufgrund welcher Motive doch das Fortbestehen des neuen Kabinetts letzten Endes nicht hindern will.

So rechte Freude über das Mißgeschick, das der Regierung gleich bei ihrem ersten Auftreten widerfuhr, will in den deutschnationalen Blättern nicht aufkommen, wenn man sich nach außen hin auch noch so oppositionswütig gebärdet; schließlich scheut man doch die Verantwortung eines Kabinettssturzes, der zwangsläufig ins Chaos führen müßte. Die deutschnationale Kritik hält daher bei aller sachlichen Ablehnung doch ein gewisses Maß ein.

Der „Deutsche Tageszeitung" urteilt, daß die Schwäche der Regierungserklärung das Abbild der Schwäche dieser Regierung selbst sei. Die „Kreuzzeitung" nennt Dr. Luthers Programmrede ausweichend und nichtssagend und ganz dazu angetan, ihm den berühmten Platz zwischen zwei Stühlen zu verschaffen. Die „Deutsche Zeitung" glaubt, „allseitige und ganz einhellige Unzufriedenheit" feststellen zu dürfen.

Auch das sozialdemokratische Zentralorgan vermeidet allzu starke Worte. Zahlenmäßige Schwäche, so meint der „Vorwärts", läßt sich unter Umständen ersetzen durch innere Stärke. Innere Stärke reißt mit fort und setzt sich durch, aber eben weil die innere Stärke fehlt, wird sich die Regierung gleich bei der ersten Abstimmung nicht durchsetzen. Die „Rote Fahne" antwortet auf die Kabinettserklärung mit einem Aufruf zu einer Massendemonstration, die heute abend im Lustgarten stattfinden und gegen die Regierung protestieren soll.

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen

⊡ **Berlin**, 27. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Zweifellos geht das Kabinett einem schweren Abstimmungskampf entgegen. Nachdem gestern zu später Stunde die Deutschnationalen beschlossen haben, heute ein glattes Mißtrauensvotum ohne jede Einschränkung einzubringen, könnte sich das Kabinett nur mit Hilfe der Sozialdemokraten halten. Aus der Bemerkung des „Vorwärts", Hermann Müller werde Dr. Luther heute Gelegenheit geben, seine dürftige Erklärung zu ergänzen und dann werde man sehen, ob die neue Regierung Aussicht habe, auch nur die erste Reichstagsdebatte zu überleben, läßt sich annehmen, daß die Sozialdemokraten eine etwaige Unterstützung nicht ohne gewisse Konzessionen gewähren wollen. Man vermutet, daß sie in der Völkerbundsfrage eine weitergehende Erklärung verlangen. Darauf würde sich die Regierung indes schwerlich einlassen. Jedenfalls haben die Sozialdemokraten sich bisher ihre Entscheidung offengehalten.

Der Beschluß der Deutschnationalen wurde nicht ohne eingehende Debatte gefaßt. In der 5stündigen Sitzung der Fraktion soll sich ein harter Kampf abgespielt haben, da ein nicht geringer Teil der Fraktion ursprünglich dafür war, daß sie sich vorläufig passiv gegenüber der neuen Regierung verhalten solle. Der völkische und intransigente Teil bekam aber eine knappe Mehrheit für sich.

Bemerkenswert ist übrigens, daß auch die Wirtschaftliche Vereinigung gestern geschlossen für den deutschnationalen Antrag stimmte, obwohl sie bisher erklärt hatte, daß sie sich abwartend verhalten wolle. Inzwischen hat aber der Reichsausschuß der Wirtschaftlichen Vereinigung getagt, und dort soll, wie das „B. T." zu berichten weiß, eine sehr starke Strömung für eine starke Rechtsoppositionsstellung sich durchgesetzt haben. Es wurde im Reichstag behauptet, daß bereits bestimmte Abmachungen zwischen der deutschnationalen Fraktion und der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung getroffen sein sollen, damit diese geschlossen mit den Deutschnationalen stimme.

Trotz all dem rechnet man nach wie vor damit, daß das Kabinett noch gerade eben durchkomme, zumal wahrscheinlich die Abstimmung über eine Billigungsformel an die erste Stelle kommen wird. Schlimmstenfalls würde sich, wie wir bereits andeuteten, das Kabinett unter Verzicht auf die Billigungsformel auch mit der Ablehnung der Mißtrauensvoten begnügen. In der heute beginnenden Aussprache wird, wie die „Tägliche Rundschau" mitteilt, auch der Reichsaußenminister das Wort ergreifen, jedoch voraussichtlich nicht vor Donnerstag.

Das sozialistisch-kommunistische Zusammengehen

[·] **Berlin**, 27. Jan. (Von uns. Berliner Büro.) Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten haben sich gestern in Berlin über die organisatorischen Vorbereitungen für die Aktion in der Angelegenheit der Fürstenenteignung geeinigt. In die Kosten will man sich teilen. Die Propaganda soll selbständig geführt werden. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Funktionäre warnte Dittmann vor Illusionen und stellte die Schwierigkeiten der Aufgabe, 20 Millionen Stimmen aufzubringen, ins rechte Licht.

Das Programm der Sachlichkeit

Das eigentümliche Merkmal der Regierungserklärungen im Reichstag besteht darin, daß sie nach jeder Krisis farbloser werden. Sachlich gehalten waren sie im Grunde alle, von Scheidemann bis Luther, aber der Ton ist resignierter und die Zahl der Programmpunkte geringer geworden. Auch die Einzelheiten der inneren und der Sozialpolitik wiederholen sich — drückt uns doch stets derselbe Schuh! Lediglich in der Außenpolitik wechseln die Bilder zwar abwechslungsweisen aber nicht erfreulichen Anblicks. Dennoch unterschied sich die gestrige Erklärung des Kanzlers von seiner Rede im Januar 1925 in einem wesentlichen Punkte. An der außenpolitischen Linie hat sich seit damals nicht das geringste geändert. Hier kann und wird das zweite Kabinett Luther seine alte Position behaupten, aber die parlamentarische Front, die vor einem Jahre hinter der Regierung stand, weist heute nicht mehr die alte Zusammensetzung auf. Die Deutschnationalen sind inzwischen in die Opposition übergegangen und wenn man z. B. nach der Rede urteilt, die Herr Hergt am Sonntag in Bielefeld gehalten hat, so wird man den Eindruck haben, daß der Wind von rechts ziemlich scharf weht. Aber alles dies ändert nichts daran, daß nicht die Außenpolitik der Regierung sich gewandelt hat, sondern die der Deutschnationalen. Hergt hat behauptet, daß im verflossenen Jahre die besten Gelegenheiten der Außenpolitik verpaßt worden sind, ein offenbar beliebtes aber auch sehr dunkles Schlagwort der Deutschnationalen ohne gleichzeitig zu erklären, warum seine Partei diese angeblich verfehlte Außenpolitik bis Ende Oktober als Regierungspartei verantwortlich mitgemacht hat. Ehe heute der parlamentarische Kampf um die neue Regierung beginnt, wird man noch einmal feststellen müssen, daß der Westpakt ganz folgerichtig der Außenpolitik entwachsen ist, deren Erbschaft das erste Kabinett Luther angetreten hat, und daß die Namen Luther und Stresemann die beste Bürgschaft für die Einhaltung der alten Linie bieten.

Die Kernfrage der äußeren Politik ist und bleibt zunächst die Erfüllung der Locarnoversprechungen, also in erster Linie die Minderung der Besatzungsstärke. Der Kanzler hat sich nicht gescheut, offen an die „am Locarnovertrag beteiligten Mächte" die Mahnung zu richten, den Begriff der „Normalziffern" nicht anders auszulegen, als der klare Sinn der Botschafternote vom 16. November zu verstehen ist. Zwischen den Zeilen ist deutlich zu lesen, daß Deutschland die Sondermünsche der französischen Militärs als nicht maß- und ausschlaggebend ansehen kann, wenn anders von einem Kurswechsel im Rheinlande die Rede sein soll. Deshalb bleibt die Forderung einer Truppenverminderung in dem versprochenen Ausmaße unbedingt bestehen, woran die Regierung keinen Zweifel gelassen hat. Ob Deutschlands Eintritt in den Völkerbund an dieser Frage scheitern wird, muß die Zukunft lehren. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir zu dem Völkerbunde kein Vertrauen haben können, wenn sich zeigen sollte, daß die französischen Strategen mit ihrem Verlangen nach „Sicherheiten" auch heute noch die Lage im Rheinland beherrschen und dadurch eine wirkliche Auswirkung des Vertrages von Locarno verhindern. Dieser Ansicht ist sicher auch die Regierung. Eine andere Frage aber ist es, ob sie es für richtig hält, sich jetzt schon im Sinne der deutschnationalen Programmforderungen festlegen zu lassen. Sie hat etwas derartiges bei den Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Vertrages abgelehnt und sie wird ihre Auffassung seitdem wohl nicht geändert haben. Die Regierung hat damals Vertrauen verlangt und wird es wohl auch heute bei den Parteien finden, die hinter ihr stehen. Sie vertritt die deutsche Forderung mit allem Nachdruck und glaubt auch ein Recht zu der Annahme zu haben, daß ihre Vorstellungen nicht ohne Erfolg bleiben werden. Man wird abwarten müssen, wie sich die deutschnationale Opposition mit dieser Lage abfindet.

Die innerpolitischen Programmpunkte haben nicht nur verhältnismäßig, sondern auch zahlenmäßig diesmal einen größeren Umfang. Die Dinge sprechen auch zu sehr von selbst und für sich. Die Not brennt uns auf den Nägeln, und wenn auch die erste aktive Handelsbilanz für den Dezember einen kleinen Lichtblick gewährt, so sind doch der Wirtschaftsschwierigkeiten gar so viele, daß die Regierung die Sisyphusarbeit garnicht bezwingen könnte, wenn sie nicht anders als sachlich, d. h. ohne parteipolitische Einstellung oder Voreingenommenheit an die Dinge herangeht. Ebensowenig wie die Regierung außenpolitisch den Deutschnationalen zuliebe von der bisherigen Linie abweichen wird, ebensowenig wird sie innenpolitisch um die Gunst der Sozialdemokraten buhlen. Ausdrücklich hat Dr. Luther betont, daß die Regierung ihre Fürsorge besonders den Bevölkerungsschichten zuwenden wird, die durch die Arbeitslosigkeit von der Not der Zeit schwer betroffen sind. Aber sie wird dabei nicht den Weg der Sozialdemokraten gehen, die die Arbeitslosenfrage parteipolitisch ausbeuten und dabei vollkommen aus dem Auge verlieren, daß man den Erwerbslosen auf die Dauer nur helfen kann, wenn man die allgemeinen Wirtschaftsnöte mildert und behebt. Auf diesem Gebiete aber liegen die Maßnahmen wirtschaftlicher und steuerlicher Natur, von denen die sozialdemokratische Partei nichts wissen will. Ganz besonders aber begrüßen wir die Ankündigung der Wahlreform, die wirklich nicht länger aufgeschoben werden kann, und die Betonung des Standpunktes, bei der Auseinandersetzung mit den Fürsten eine reichsgesetzliche Regelung zu schaffen, um unserem Volke die unvermeidlich mit einem Volksentscheid verbundene Unruhe und Aufpeitschung der Leidenschaften zu ersparen.

Nach den Verstimmungen der letzten Wochen berührt es besonders angenehm, daß bei aller Festigkeit der allgemeinen Linie die Regierungserklärung es vermieden hat, auf außen- und innenpolitischem Gebiete einen scharfen, polemischen Ton anzuschlagen. Sachlichkeit ist auf die Dauer immer das beste Mittel der Ueberzeugung. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man hoffen dürfen, daß der Reichstag der neuen Regierung die Möglichkeit gibt, das deutsche Volk von ihrem guten Willen und Können zu überzeugen. Dr. Luther hat sich auch nicht gescheut, gerade um des Programms der Sachlichkit willen, die nicht in der Regierung befindlichen Parteien um ihre Mithilfe zu bitten. Werden sie sich angesichts der außenpolitischen Lage und der wirtschaftspolitischen

MARCHIVUM

Nöte versagen? Wenn die Opposition es ernst meint mit der Verantwortlichkeit, gerade als Opposition sachlich zu bleiben, werden dem zweiten Kabinett Luther größere Erfolge beschieden sein als dem ersten. Das deutsche Volk ist der ewigen Krisen müde — an der Bereitwilligkeit, der Regierung in den Dingen die alle angehen, mitzuhelfen, wird es gewißlich nicht fehlen.

K. F.

Amtliche deutsche Erklärung zur Entwaffnungsfrage

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der vom Londoner Berichterstatter der Agentur Havas veröffentlichte Bericht über den Stand der Entwaffnungsfrage, der sich an einen angeblichen Bericht des Generals Walch anlehnt, ist in dieser Form nicht zutreffend. Die Durchführung der im Herbst vorigen Jahres zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz getroffenen Abmachungen ist vielmehr in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energisch gefordert worden, daß die Regelung des größten Teiles aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiete der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigkeit noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November vorigen Jahres zugesagten Entgegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei zum großen Teile nicht um materielle Differenzen, sondern lediglich um Erörterungen über formelle Fragen handelt.

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst vorigen Jahres getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich daran gegangen, die für den Aufbau der neuen Organisationen erforderlich werdenden umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen mit der Botschafterkonferenz über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichteinrechnung der Polizeistärke des besetzten Gebietes in die Zahl von 150 000 Mann bereits in der Note von Boulogne mit vorgesehen ist. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung an den Grenzen eine unverhältnismäßig starke polizeiliche Belegung durchführen wolle, ist völlig unbegründet. Die Verteilung der Polizei erfolgt lediglich nach polizeilichen Gesichtspunkten.

Uebrigens ist über die Zahl der Polizeibeamten im besetzten Gebiet an sich eine grundsätzliche Einigung mit der Botschafterkonferenz bereits erzielt. Zur Erörterung steht lediglich die Frage der Einrechnung in die Gesamtstärke von 150 000 Köpfen. Nach Klärung dieser Frage wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die interalliierte Militärkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Besuch Chamberlains in Paris

§ London, 27. Jan. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die bevorstehende Unterredung Chamberlains mit Briand wird in hiesigen diplomatischen Kreisen lebhaft erörtert. Man hofft, daß sie wichtige Ergebnisse haben wird. Gerade in der Tatsache, daß der britische Außenminister nach wochenlanger Krankheit und ohne von seinem Stabe begleitet zu sein, zu der Unterredung eilt und daß diese Zusammenkunft von ihm sofort nach Empfang des deutschen Protestes gegen die Stärke der Besatzungsarmee im Rheinland gesucht wurde, erblickt man den Hauptgrund ihrer Wichtigkeit. Ob das Ergebnis ein für Deutschland günstiges sein wird, hängt, wie man hier sagt, allein von Frankreich ab. Die englischen Behörden wären nur zu froh, wenn sie die britischen Truppen auf ein Minimum reduzieren könnten, besonders da ihre Unterbringung in Wiesbaden die größten Schwierigkeiten verursacht. Man hofft daher in diplomatischen Kreisen, daß die Zusammenkunft eine Lösung der Besatzungsfrage in dem vom Reichskanzler in seiner Reichstagserklärung angedeutetem Sinne fördern könnte.

Die „Times" besprechen

die Lage des deutschen Kabinetts mit Bezug auf die schwebenden Locarnofragen

in einem Leitartikel, der in hochfahrender Weise geschrieben ist und wenig Verständnis für die deutsche Stimmung bezüglich der Rückwirkungen zeigt. Das Blatt schreibt: Die vom Reichskanzler verlesene Erklärung war in äußerst vorsichtigem Tone gehalten und scheint weder Begeisterung noch heftige Opposition erregt zu haben. Das ist kein ungünstiges Zeichen. Nichts in der deutschen Außenpolitik ist für den Augenblick von wahrer Wichtigkeit als das Datum des Eintritts des Reiches in den Völkerbund, das Deutschland bekannt geben muß. Die Frage der Rheinlandbesetzung, auf welche Luther Bezug nahm, ist nebensächlich. Es ist Zeitvergeudung, über solche Einzelheiten zu sprechen, bis Deutschland den Schritt getan hat, welcher seine aufrichtige Absicht dartut, bei den gemeinsamen Aufgaben Europas mitzuwirken.

Pariser Preßhetze

V Paris, 26. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der Ankunft Chamberlains in Paris und seiner Unterredung mit Briand sieht man in politischen Kreisen mit lebhafter Spannung entgegen. Man erwartet, daß die Zusammenkunft der beiden Außenminister viel zur Klärung der Fragen beitragen werden, die gegenwärtig zwischen Berlin und den Alliierten schweben. An erster Stelle dieser Probleme stehen die Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland. Der französische Standpunkt wird am Vorabend der Zusammenkunft in den maßgebenden Kreisen mit besonderem Nachdruck vertreten. Mit aller Energie weist man das Verlangen Deutschlands nach einer Reduzierung der Truppenstärke auf 45—50 000 Mann zurück. Ein Vergleich zu der jetzigen Situation und derjenigen, wie sie vor 1914 im Rheinland bestand, läßt man nicht zu. Der „Temps" behauptet sogar, daß

Deutschlands böser Wille,

den es seit dem Abschluß des Versailler Vertrags an den Tag gelegt habe, die von den Alliierten ins Auge gefaßte Truppenstärke von 75 000 Mann vollkommen rechtfertige. Mit dem Bericht der Militärkontrollkommission über die Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen sucht man die Forderungen der Alliierten zu bekräftigen. Weder in Bezug auf die Sicherheitspolizei noch bezüglich der schweren Artillerie, der Festung Königsberg und der vaterländischen Verbände sei Deutschland den eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen. Der „Temps" warnt vor einem Schwächeanfall gegenüber Deutschland und glaubt Briand darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Locarnoverträge nicht zum Vorwand einer unter den heutigen Umständen durchaus ungerechtfertigten Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland dienen dürfe.

Geringeres Interesse erweckt hier die bevorstehende Auseinandersetzung über die Abrüstungskonferenz. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Auffassung Englands von derjenigen Frankreichs erheblich abweicht und daß die bisher zwischen London und Paris geführten Verhandlungen eine endgültige Verständigung noch nicht zustande gebracht haben.

Koloniekauf mit Falschgeld!

Französische Verleumdungen Deutschlands

V Paris, 27. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die portugiesische Banknotenfälschungsaffäre tritt gleichfalls in ein politisches Stadium. Der „Matin" veröffentlicht einen Artikel, in dem er sich hauptsächlich gegen die angeblichen deutschen Manöver bei dieser Banknotenfälscheraffäre wendet. Das Blatt glaubt beweisen zu können, daß die Fälschungen portugiesischer Banknoten auf den Einfluß eines mysteriösen Deutschen namens Hennis zurückzuführen sind. Hennis befand sich im Juli vorigen Jahres in Paris und hatte hier mit zwei Portugiesen eine Besprechung, in der beschlossen wurde, daß die Angola und Metropol Bank zum Zwecke der

Gewinnung portugiesischer Kolonien für Deutschland

gegründet werden soll. Hennis stellte den beiden Portugiesen 400 Pfund Sterling zur Verfügung. Mit diesem Geld sollten hauptsächlich Kolonialaktien an der Lissaboner Börse gekauft werden. Die von Hennis zur Verfügung gestellten Geldmittel reichten jedoch nicht zur Durchführung dieses großzügigen Planes. Die Gesellschaft geriet bald in Zahlungsschwierigkeiten und so kam man auf den Gedanken, falsches Geld herstellen zu lassen mit Hilfe einiger Agenten der portugiesischen Staatsbank sowie durch die Unterstützung englischer Konsulatsbeamten und mehrerer portugiesischer Diplomaten im Auslande, namentlich des portugiesischen Gesandten im Haag, dessen Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Das Manöver wurde in außerordentlich geschickter Weise durchgeführt. Die portugiesische Regierung war nicht imstande, die Anstifter der Banknotenfälschungsaffäre herauszufinden. Erst nach längeren durch die französische Geheimpolizei unterstützten Recherchen glückte es, die Fäden dieses weitverzweigten Komplotts in die Hand zu nehmen. Die kürzlich zur Untersuchung der ungarischen Banknotenfälschungsaffäre nach dem Haag entsandten französischen Detektive arbeiteten an der Aufdeckung des portugiesischen Banknotenskandals erfolgreich mit. Inzwischen sind aber in Portugal durch die Manöver der Anglobank bedeutende Mengen von Kolonialaktien in die Hände der Fälscher und ihrer Hintermänner übergegangen. Es handelt sich jetzt darum, diese im November durchgeführten Aktienkäufe an der Lissaboner Börse zu untersuchen. Zahlreiche portugiesische Bankiers haben sich auch in ungewöhnlich schneller Weise bereichert. Ein Lissaboner Blatt veröffentlicht eine Liste von dunklen Finanzmännern, deren Vermögen sich bedeutend gesteigert hat. Hennis befinde sich, wie der „Matin" mitteilt, in Berlin.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

V Paris, 26. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Wie im französischen Handelsministerium bekanntgegeben wird, teilte der Handelsminister Vincent im heutigen Ministerrat mit, daß die Spezialbesprechungen zwischen den deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten einen befriedigenden Verlauf nehmen. Die Verhandlungen werden, wie sich der Handelsminister ausdrückte, auf beiden Seiten mit dem Willen zu einer endgültigen Verständigung geführt. Es zeigen sich zwar Schwierigkeiten, aber sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite wird alles getan, um wenn möglich noch bis Mitte Februar den Handelsvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Es verlautet, daß von französischer Seite die Festlegung von Zollsätzen auf Goldfranken-Basis ins Auge gefaßt worden ist, da die Beibehaltung des Papierfrankens finanztechnische Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsbesprechungen ergeben hat.

Tardieu wieder Kammermitglied!

V Paris, 27. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Clemenceaus einstiger Mitarbeiter bei den Versailler Friedensverhandlungen, Tardieu, der bei den letzten Wahlen durchgefallen ist, hat sich von neuem als Kandidat für eine Ersatzwahl im rMeise Belfort aufstellen lassen. Der „Petit Parisien" widmet dieser Kandidatur Tardieu einen Artikel, in dem er den Mitarbeiter Clemenceaus als einen der tüchtigsten Politiker Frankreichs begrüßt und den Wunsch ausspricht daß dieser Mann sobald wie möglich wieder in der Deputiertenkammer seine Stimme erheben möge. Das Blatt teilt noch mit, daß Herriot kürzlich in einer Lyoner Rede auf die Persönlichkeit Tardieus hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen habe, ihn bald wieder im Parlament zu sehen.

Französische Verhandlungen mit Rußland

V Paris, 27. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die französische Delegation, die beauftragt ist, Verhandlungen über schwebende Fragen mit Sowjetrußland zu führen, ist endgültig zusammengestellt worden und wird sich heute morgen im Auswärtigen Amt zum ersten Male versammeln. Die Delegierten stehen unter dem Vorsitz des Verkehrsministers de Monzie. Eine große Anzahl Experten sind ihr beigegeben worden, bestehend aus Beamten der in Frage kommenden Ministerien, aus Vertretern der Industrie, des Handels und des Verkehrs. Die Verhandlungen mit Rußland, die sich auf wirtschaftliche finanzielle und juristische Fragen erstrecken, werden in den nächsten Tagen in eine entscheidende Phase eintreten.

Die Kursänderung Italiens

Nach der „Mesdagero" beschäftigt sich mit der Frage der Kursänderung der italienischen Außenpolitik. Es heißt darin u. a: Der deutschen Waffe, soweit sie wirtschaftlicher Natur sei, müsse die Spitze abgebrochen werden. Italien müsse sich so umstellen, daß es auf den deutschen Markt verzichten könne, womit alle deutschen Repressalien wegen der südtiroler Politik von selbst zusammenbrechen, sei doch der Reisebovkott nichts anderes als ein Vorwand, hinter dem Berlin eine alte pangermanistische Politik betreibe, indem der Freude über den die deutsch-italienische Spannung unverhohlen Ausdruck gegeben werde.

Der „Temps" hatte erklärt, die faszistischen Maßnahmen in Südtirol wären zwar zu hart, aber „es handle sich da doch nur um eine Minderheit?"

Unterredung mit Cäsar Mussolini

V Paris, 26. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Das nationalistische Blatt „Avenir" veröffentlicht ein Gespräch seines Sonderberichterstatters mit Mussolini. Die Erklärungen Mussolinis sind ausgesprochen deutschfeindlich und charakterisieren sich durch einen Antrag des Duce an Frankreich, intime französisch-italienische Beziehungen zu schaffen und sowohl in Europa gegenüber Deutschland, wie auch in Asien gemeinschaftliche Wege zu verfolgen. Mussolini erklärte dem Berichterstatter des „Avenir": Ich habe in den letzten Tagen oft Julius Cäsars Buch über den gallischen Krieg gelesen und erinnere mich dabei, daß heute so wie damals

die Deutschen die Feinde Italiens

waren. Es ist die Aufgabe Italiens und Frankreichs, sich gegenüber einem gemeinsamen Gegner zu verständigen. Vor dem Locarnovertrag waren die Deutschen bescheiden und wären mit einer Verminderung der Effektivstärke der alliierten Truppen im Rheinland zufrieden gewesen. Heute verlangen sie die Beseitigung der Okkupation. Er halte es für notwendig, gegenüber den Deutschen eine schärfere Sprache zu führen. Es ist auch unrichtig, daß von Italien Nizza, Savoyen und Korsika von Frankreich verlangt werden. Für uns ist es wichtig, gemeinschaftlich mit Frankreich im nahen Orient zusammenzuarbeiten und die Beziehungen zwischen der französischen Republik und dem künftigen Kaiserreich Italien so eng wie möglich zu gestalten.

Das Interview Mussolinis verfolgt die Tendenz, den faszistischen Gedanken in Frankreich zu fördern und als Ergebnis guter Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eine Allianz zwischen den beiden sogenannten lateinischen Hauptmächten zustande zu bringen.

Badische Politik

Die Kalivorlage im Haushaltsausschuß

Am Dienstag vormittag beschäftigte sich der Haushaltsausschuß des Landtags mit der Kalivorlage der badischen Regierung.

Zu Beginn der Sitzung gab der Abgeordnete von Au (Bürgerl. Vereinigg.) eine Erklärung über die Gründe ab, weshalb er seinen Abbau beantragt habe. Es sei dies bereits im Sommer 1924 auf Anraten des Justizministeriums geschehen. Im Herbst 1925 sei ihm die Nachprüfung dieser Frage vom Kultusministerium zugesagt worden. Eine Erörterung des Falles fand im Ausschuß nicht mehr statt.

Der Berichterstatter der Vorlage, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses erklärte die Sitzung als vertraulich, da es sich nicht nur um eine Angelegenheit des badischen Staates, sondern auch um Privatunternehmungen berührende Wirtschaftsfragen handele. Er gab in großen Zügen einen Ueberblick über die Lage in der Kaliindustrie vor und nach dem Kriege. Er teilte u. a. mit, daß von den 224 bestehenden Schächten 153 stillgelegt seien, davon 119 bis 1953 und 85 nur vorübergehend. Er behandelte weiter die Entwickelung der Produktion des In- und Auslandes und den Absatzes vor und nach dem Kriege und kam dann auf die Auslandsanleihe der Kaliindustrie zu sprechen. Zum Schluß behandelte er die Frage der Frachtbasis und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Bestrebungen der süddeutschen Landwirtschaft, wieder eine süddeutsche Frachtbasis, etwa Buggingen, zu bekommen, wenig aussichtsreich seien.

In der Nachmittagssitzung erklärte ein Regierungsvertreter, daß das Buggingerwerk bei der Anleihestelle in Berlin und in den an ihm interessierten Wirtschaftskreisen außerordentlich günstige Beurteilung finde. Der Berichterstatter über die Vorlage bezeichnete das Verhältnis zwischen Anleihe und Eigenkapital bei dem Buggingerwerk als gesund.

In der Aussprache nahmen die Parteien Stellung zu den verschiedenen Fragen. Hierbei wurde u. a. auch vom Standpunkt der Rentabilität aus die Zweckmäßigkeit der Erwerbung weiterer Kuxe angezweifelt.

Die Weiterberatung findet am Mittwoch vormittag statt. Um 3 Uhr hält vor Beginn der Plenarsitzung der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung noch eine Sitzung ab.

Aus der Deutschen Volkspartei

Laudenbach. Eine am Sonntag von der Deutschen Volkspartei in die „Krone" einberufene Versammlung hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen. Herr Oberlehrer Baier hieß die Erschienenen, besonders die Abgeordneten Brixner und Haas willkommen. Herr Brixner behandelte als erster Redner die wichtigsten Fragen aus Landwirtschaft und Gewerbe, wobei er ausführlich die Gründe der Not darlegte und angab, was zur Linderung derselben bereits geschah und noch vorgesehen ist. Nach einer regen Aussprache ergriff Herr Haas das Wort, um in eindringlicher, fesselnder Darstellung die wichtigsten politischen Tagesfragen zu erörtern. Reicher Beifall wurde den Rednern gezollt, denn sich der Versammlungsleiter in beredten Worten anschloß. Eine Anzahl Freunde fand sich nach der Versammlung zur gemütlichen Aussprache zusammen.

Kaisergeburtstagsfeiern in Potsdam

[•] Berlin, 27. Jan. (Von uns. Berliner Büro.) Die deutschnationale Presse weist in zumeist kurzen Gedenkartikeln auf den heutigen Geburtstag des früheren Kaisers Wilhelm II. hin. Das Leitmotiv ist: „Dem monarchistischen Gedanken gehört die Zukunft". In der Friedenskirche zu Potsdam fand eine Feier statt, an der neben der Kronprinzessin sämtliche Hohenzollernprinzen teilnahmen. Die vaterländischen Verbände waren mit den Regimentsfahnen aufmarschiert. Der ehemalige Hofprediger Dr. Vogel hielt die Rede, in der die Königstreue gepriesen und gegen die Weimarer Verfassung polemisiert wurde. In Weimar sei der Schwamm mit eingebaut worden und im Untersuchungsausschuß in Berlin rieche es noch Fäulnis. Die politische Predigt schloß mit den Worten: „Segne, segne unseren König."

Letzte Meldungen

Zur Rheinlandreise Hindenburgs

— Köln, 27. Jan. Nach einer Meldung aus Koblenz ist der Termin für die Reise des Reichspräsidenten Hindenburg in die demnächst freiwerdende erste Zone auf den 22. Februar festgesetzt worden. Der Oberpräsident der Rheinprovinz ist zur Zeit mit der Aufstellung eines Reiseplanes beschäftigt. Der Besuch wird den Reichspräsidenten zuerst nach Köln führen. Ferner ist ein kurzer Besuch in Koblenz vorgesehen.

Zu Ehren des diplomatischen Korps

— Berlin, 27. Jan. Beim Reichspräsidenten fand gestern zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die hier anwesenden fremden Missionschefs, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen, sämtliche mit ihren Damen, teilnahmen.

Maßnahmen zur Behebung des Arbeits- und Absatzmangels

— Berlin, 27. Jan. Wie die Blätter berichten, finden zur Zeit zwischen den beteiligten Ressorts der Reichsregierung über die Frage der Schaffung von Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten Verhandlungen statt. Anfangs Februar werde das Problem der Kreditversicherung mit den beteiligten Verbänden wieder erörtert werden. Im Etatjahr 1926 notwendig werdende Aufträge sollen teilweise schon jetzt zur Ausschreibung gelangen. Es handelt sich dabei besonders um Teile des Bauprogramms der Reichsbahn.

1¾ Millionen Erwerbslose

— Berlin, 26. Jan. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1926 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 305 gestiegen. Die Steigerung beträgt 17,7 vom Hundert. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 1 335 943 auf 1 550 706 und die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 161 573 auf 211 599 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 821 590 auf 2 092 958 gestiegen. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezember 1925 hatte rund 435 000 oder 40 Prozent betragen.

Die Untersuchung des Zusammenbruchs von 1918

— Berlin, 26. Jan. Der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses für die Kriegsfragen im Reichstag beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Vizeadmiral v. Trotha zu den weiteren Verhandlungen über die Marinemeuterei zur Auskunftserteilung heranzuziehen. Dem Abg. Joos (Ztr.) wurde der Auftrag erteilt, das bisher vorliegende und das noch eingehende Material durchzuarbeiten, um zu klären, welche weiteren Vernehmungen etwa noch in Betracht kommen.

Nachtrag zum lokalen Teil

* **Unfall mit Todesfolge.** Gestern nachmittag verunglückte am Hauptbahnhof bei der Maschinenhalle 2 ein verheirateter, 53 Jahre alter Lokomotivführer dadurch, daß er auf dem Wege zum Dienst ein Gleis zwischen zwei Wagengruppen überschritt und im gleichen Augenblick die eine Gruppe durch eine Rangierabteilung auf die andere gestoßen wurde, wobei der Beamte zwischen die Puffer kam und so den sofortigen Tod fand.

MARCHIVUM

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, 26. Januar 1926

Der Bürgerausschuß bewilligt mit 51 gegen 46 Stimmen einen Betriebszuschuß von einer halben Million für das Nationaltheater — Genehmigung der Neuzusammensetzung des Stadtrats mit vier Bürgermeistern unter Vorbehalt

Das wichtigste zuerst! Der Bürgerausschuß hat gestern mit 51 gegen 46 Stimmen den Voranschlag des Nationaltheaters für das Spieljahr 1926/27 im Sinne des stadträtlichen Antrages genehmigt. Die gesamte Rechte, mit Ausnahme des Stv. Perrey stimmte geschlossen dagegen. Dazu gesellten sich Zentrum und Kommunisten. Trotzdem kam keine Mehrheit gegen den stadträtlichen Antrag zustande, weil die stark vertretenen Sozialdemokraten in ihrer Bewilligungsfreudigkeit von den Demokraten unterstützt wurden. Stv. Dr. Jeselsohn meinte, man müsse konsequent sein. Es gehe nicht an, dem Intendanten einen zehnjährigen Vertrag zu bewilligen und ihm dann die Mittel zu verweigern, die er nach seiner Ueberzeugung braucht, um das Theater auf der bisherigen künstlerischen Höhe zu erhalten. Die Verhandlungen hätten eine wesentliche Abkürzung erfahren, wenn man am 4. Januar die demokratische Anregung aufgegriffen und damals schon die 500 000 Betriebszuschuß bewilligt hätte. Die Rechte und das Zentrum ließen sich durch diesen Angriff nicht irre machen. Stv. Moses präzisierte nochmals den bekannten Standpunkt seiner Fraktion, der es nicht zuläßt, daß über einen Betriebszuschuß von 400 000 Mk. hinausgegangen wird. Auch Stv. Dr. Moekel beharrte auf dem Standpunkt, daß bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage über den Zuschuß von 400 000 Mk. nicht hinausgegangen werden kann. Wenn er bei dieser Gelegenheit die Auffassung vertrat, daß nur ein Theaterneubau uns endgültig aus dem Theaterdefizit herausbringen könne, so möchten wir hinter diese Bemerkung ein großes Fragezeichen machen. Es kann aber nichts schaden, wenn jetzt schon an die Projektbearbeitung gedacht wird, denn daß wir einmal ein neues Theater bauen müssen, steht außer Frage. Die Sozialdemokraten stimmten der stadträtlichen Vorlage in der Hauptsache zu, weil mit dem Betriebszuschuß von 500 000 Mark Personaleinsparungen vermieden werden. Stv. Dr. Hirschler, der wieder den Standpunkt seiner Fraktion präzisierte, rief einen recht heiteren Zwischenfall hervor. Stv. Dr. Moekel hatte sein Mißfallen über die zu geringe Bekleidung des Chors in den „Bacchantinnen" ausgesprochen. Mit nackten Beinen habe es angefangen, dann kamen die geschlitzten Röcke, die das ganze Bein freiließen und nun seien die Chordamen bis zur Stirne dekolletiert. Dr. Hirschler, der diese Bemerkung aufgriff, meinte, er habe an dem Chor nichts auffälliges wahrgenommen, vielleicht habe Dr. Moekel eine schärfere Brille. Es ist bemerkenswert, daß die Debatte durchweg in ruhigen Bahnen sich bewegte. Lediglich Stv. Dr. Jeselsohn schlug einen scharfen Ton an, als er sich gegen die Bemerkung verwahrte, daß seine Fraktion aus Verärgerung eines Stadtverordneten — gemeint ist Dr. Wolfhard — den Intendantenvertrag abgelehnt habe. Oberbürgermeister Dr. Kutzer erklärte, daß er auf das Wort verzichte, und der Intendant schwieg sich völlig aus.

Einen ganz unerwarteten Ausgang nahm die Debatte über die Vorlage, die eine Aenderung der Gemeindesatzung in der Weise vorschlug, daß der Stadtrat künftig aus einem Oberbürgermeister, aus vier Bürgermeistern, von denen mindestens zwei die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt in einem der deutschen Länder erworben haben sollten, und aus 24 ehrenamtlich tätigen Stadträten bestehen soll. Hierzu lagen drei Abänderungsanträge vor. Das Zentrum schlug, wie mitgeteilt, vor, bei den vier Bürgermeistern den Nachsatz zu streichen. Die Demokraten wollten nur drei Bürgermeister genehmigen und die Kommunisten erklärten sich mit der Vorlage nur dann einverstanden, wenn damit keine Personalvermehrung verbunden sei. Die Debatte beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage, ob bei der Uebernahme der Baupolizei die Anstellung eines weiteren juristischen Bürgermeisters notwendig sei. Oberbürgermeister Dr. Kutzer vertrat mit Entschiedenheit diesen Standpunkt. Er konnte sich dabei auf den § 23 der Gemeindeordnung berufen, der ausdrücklich vorschreibt, daß Polizeisachen nur ein Jurist leiten darf. Die Rechte trat mit Nachdruck für die Schaffung einer technischen Bürgermeisterstelle ein. Stv. Dr. Moekel zog den Kreis weiter und forderte einen Mann der Wirtschaft, der in einer Stadt wie Mannheim dringend notwendig sei. Oberbürgermeister Dr. Kutzer meinte, man werde für einen technischen Bürgermeister nicht genug Beschäftigung haben. Die Abneigung gegen die Anstellung eines technischen Bürgermeisters ist wohl aber mehr darin zu suchen, daß es nach den eingegangenen Verträgen nicht möglich ist, die Leiter der technischen Aemter dem technischen Bürgermeister zu unterstellen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der stadträtlichen Vorlage und die Annahme des Zentrums- und kommunistischen Antrages. Damit hat die Mehrheit des Bürgerausschusses bekundet, daß sie keinen weiteren Juristen als Bürgermeister und daß sie keine weitere Personalvermehrung will. Da Stadtrat Boettger, dessen Amtszeit abläuft, dritter Bürgermeister wird, hätte der Oberbürgermeister den vierten aus den Reihen der vorhandenen obersten Beamten auszusuchen. Man darf darauf gespannt, zu welcher Lösung der Stadtrat kommt.

Sch.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Kutzer eröffnete um 4.20 Uhr die beschlußfähige Sitzung. Die Galerie ist gut besetzt. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Errichtung einer Nebenfeuerwache mit Alarmanlage im Stadtteil Neckarau

Stadtratsbeschluß: Auf dem städtischen Materiallagerplatz an der Neckarauerlandstraße nördlich des Bahnhofs Neckarau ist eine Feuerwache mit Feuermeldeanlage mit einem Gesamtkostenaufwand von 440 000 RM. (330 000 RM. für die Wache und 110 000 RM. für die Feuermeldeanlage) zu erstellen, die den Feuerschutz des Lindenhofes, von Neckarau und Rheinau zu übernehmen hat. Die Kostendeckung hat wie folgt zu geschehen: a) Für den Bau der Feuerwache sind die vom Minister des Innern am 18. Juni 1925 aus Reichsmitteln zur Beseitigung und Milderung von Härten, die sich aus den der Stadt Mannheim aus Anlaß des Ruhreinbruches erwachsenen Schäden aller Art ergeben haben, überwiesenen 300 000 RM. und außerdem die von der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Hafengebiete von Mannheim und Umgebung zur Verfügung gestellten rund 30 000 RM. zu verwenden. b) Die Feuermeldeanlage ist etappenweise nach Maßgabe der vorhandenen Mittel auszuführen. Dabei wird erwartet, daß die Landesfeuerwehrunterstützungskasse zu den Kosten einen Beitrag von mindestens 50 Prozent leistet. Der danach verbleibende restliche Aufwand ist in 2 Raten in die Voranschläge 1927 und 1928 einzustellen. Mit dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Wache tritt bei der Berufsfeuerwehr eine Personalvermehrung um 2 Brandmeister und 4 Feuerwehrleute ein.

Stv.-V. Hahn (Soz.) hält die Errichtung einer Feuerwache zum Schutze der Vororte Rheinau, Neckarau und Lindenhof für unbedingt notwendig. Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt dem Bürgerausschuß die Annahme der Vorlage mit dem besonderen Wunsch, daß die Arbeiten möglichst rasch in Angriff genommen werden, wodurch Arbeitsmöglichkeiten geschaffen würden. — Stv. Kleine (Ztr.) begrüßt ebenfalls die Errichtung der Feuerwache und stimmt namens der Zentrumsfraktion der Vorlage zu. — Stv. Köhler (Wirtsch. Vergg.) wünscht bei der Zustimmung zur Vorlage in Zukunft schnellere Beseitigung des Schnees auf den Straßen nach dem Schlachthof, nach Neckarau und Sandhofen, damit die Tiere nicht zu sehr abgequält werden. Der Redner wird vom Oberbürgermeister mit dem Bemerken unterbrochen: „Die Feuerwehr fährt aber doch mit Automobilen" und beendet darauf seine Ausführungen. — Stv. Frau Schenk (Komm.) wünscht die Bereitstellung eines Raumes in der neuen Wache zur Errichtung einer Volksküche, damit die Arbeitslosen in den Vororten ihre Essenmarken verwerten können. — Stv. Stoß (D. Vp.): Wir begrüßen die Vorlage im Interesse der Neckarauer und Rheinauer Industrie und wünschen, daß das Projekt so rasch wie möglich zur Durchführung kommt. Unser Wunsch geht ferner dahin, daß bei der Vergebung der Arbeiten in erster Linie einheimische Unternehmungen bevorzugt werden. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Gemeindesatzung über die Zusammensetzung des Stadtrats

Stadtratsbeschluß: Die Gemeindesatzung über die Zusammensetzung des Stadtrats wird dahin geändert, daß § 1 folgenden Wortlaut erhält: „Der Stadtrat Mannheim besteht a) aus einem Oberbürgermeister, b) aus 4 Bürgermeistern, von welchen mindestens zwei die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt in einem der deutschen Länder erworben haben sollen, c) aus 24 ehrenamtlich tätigen Stadträten."

Stv.-V. Ihrig (Dem.) weist darauf hin, daß sich das Institut der besoldeten Stadträte nicht bewährt habe. Deshalb solle es beseitigt werden. Der Stadtverordnetenvorstand habe nur zu dem Zentrumsantrag Stellung nehmen können. Er sei der Meinung, man solle es beim Stadtratsantrag belassen. Dafür hätte sich der Stadtverordnetenvorstand mit allen gegen 2 Stimmen entschieden. — Oberbürgermeister Dr. Kutzer bemerkt, es sehe zunächst so aus, als ob das Hauptgewicht darauf gelegt werde, einen weiteren Herrn in der inneren Verwaltung anzustellen. Das sei selbstverständlich nicht der Fall. Die Schaffung einer weiteren Bürgermeisterstelle stehe nur in Zusammenhang mit der Uebernahme der Baupolizei. Bei der Studienreise durch Rheinland und Westfalen habe er Veranlassung genommen, in jeder Stadt das Oberhaupt zu fragen, ob man sich vorstellen könne, daß die Baupolizei wie in Mannheim nicht von der Stadt verwaltet werde. In allen Städten in Preußen sei die Baupolizei städtisch. Man sei nur im Zweifel, ob man die Sicherheitspolizei und was damit zusammenhänge, in städtische Leitung übernehmen solle. Aber daß die Baupolizei zur Stadt gehöre, darüber seien sich in Preußen die Städte und die Regierung vollkommen einig. Die Baupolizei sei eine ganz wesentliche städtische Angelegenheit, denn es handle sich nicht bloß um die Polizei im engeren Sinne, sondern um die Gestaltung des Stadtäußern. Es sei reiner Zufall, wenn die Einstellung des Staatsbeamten der Baupolizei so sei, daß er sich den Gedankengängen der Stadtverwaltung anschließe. Es komme vor allem auf die Fluchtlinien und die Stadterweiterung an. Mit der Uebertragung der Baupolizei würde die Stadtverwaltung allerdings das Recht nicht erhalten, darüber selbständig zu entscheiden. Wenn man aber nicht damit anfange, die Baupolizei zu übernehmen, so erhalte man natürlich auch die Fortsetzung nicht. Das scheine ihm klar zu sein. Er habe sich nicht genug wundern können, als er hierher kam, daß die Baupolizei nicht städtisch sei. Aber noch mehr müsse er sich wundern, daß es Jemand geben könne, der der Verwaltung der Stadt nahe stehe und wisse, was in der Vergangenheit gesündigt worden sei und trotzdem behaupte, daß man auf die Uebernahme der Baupolizei verzichten könne. Nun sage man, die Baupolizei könne doch auch ohne eine weitere juristische Kraft übernommen werden. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß nach § 23 der Gemeindeordnung die Bearbeitung der polizeilichen Angelegenheiten einem besonders vorgebildeten Mitglied des Gemeinderats zu übertragen sei. Es werde ein Gesetz verlangt, daß jedenfalls ein Mitglied des Stadtrats die Verwaltung der Polizei führt. Es sei ausgeschlossen, daß in einer Großstadt wie Mannheim bei den vielen Baugesuchen, den zahlreichen Baudispensen, den Monumentalbauplänen und den ästhetischen Baufragen der Bürgermeister nur das Werkzeug zum Unterschreiben sei. Solange er Oberbürgermeister sei, würde er dies unter allen Umständen ablehnen. Es sei auch ganz undenkbar, daß Dr. Walli diesen Dienst auf sich nehmen könne. Da es ein hauptamtlicher Beamter des Gemeinderats sein müsse, könne es eben nur ein Bürgermeister sein. Der Oberbürgermeister könne nicht selbst die Baupolizei ausüben und Dr. Walli möchte er aus seinem schwierigen Arbeitgebiet nicht herausgenommen sehen. Wenn die Baupolizei nicht übernommen werde, so würde er persönlich auf den vierten Bürgermeister gar keinen Wert legen, denn eine Vermehrung der Kräfte wünsche man garnicht. Es sei seines Erachtens sogar möglich, daß man aus den vorhandenen Kräften die Stelle besetze. Es sei ihm im Augenblick nicht klar, welchen Wirkungskreis der geforderte technische Bürgermeister haben solle. Die Direktoren des Hoch- und Tiefbauamts würden unmittelbar vortragen. Es bestehe keine Möglichkeit, diese Herren unter einen technischen Bürgermeister zu stellen. Bei den Direktoren der städtischen Werke wäre die Sachlage nicht anders. Er würde jedenfalls seine Zustimmung nicht dazu geben und ohne seine Zustimmung sei dies nicht möglich. Ein technischer Bürgermeister wäre ohne Substanz. Der Antrag der Kommunisten, daß die Zahl der Beamten in Gruppe 13 durch die vier Bürgermeister nicht erhöht werden dürfe, scheine ihm eine ausdrückliche Beschränkung der Wahlfreiheit zu sein.

Stv. Perrey (Deutschnatl.) führt aus: Wir werden gegen die Vorlage stimmen aus folgenden Gründen: In einer Zeit, in der mit Recht von allen Seiten eine Vereinfachung der Verwaltungen in Reich, Ländern und Gemeinden verlangt wird, können wir nicht einer Vorlage zustimmen, die eine Vermehrung der Stellen vorsieht, zumal es ja mit diesen beiden Stellen nicht abgetan ist, denn jede der Stellen braucht natürlich einen ganzen Stab von Beamten. Ferner vermissen wir in der Vorlage den guten Willen, das zu tun, was andere Städte schon längst getan haben, nämlich eine der beiden Stellen für einen Techniker vorzusehen. Im Gegenteil es wird behauptet, die Baupolizei verlange die ganze Tätigkeit eines Juristen. Mir ist wohl bekannt, daß in der Gemeindeordnung für die Polizei im allgemeinen ein Jurist vorgeschrieben ist. Dieser Fehler in der Gemeindeordnung muß eben beseitigt werden. Daß es bezüglich der Baupolizei ein Fehler ist, will ich beweisen. Die Prüfung und Erledigung der Baugesuche ist eine rein technische Angelegenheit und wird jetzt von den technischen Beamten der Baukontrolle und dem Hochbauamt erledigt, sie machen die Baugesuche vollständig fertig und dann gehen sie an das Bezirksamt und werden dort unterschrieben. Der Jurist des Bezirksamtes übt diese Tätigkeit aber nicht immer selbst aus, sondern überträgt sie einem jungen Hilfsarbeiter, ja — und dies wird vielleicht auch dem Herrn Oberbürgermeister nicht bekannt sein — die Tätigkeit des zuständigen Beamten des Bezirksamts wurde zeitweise von einer jungen Dame ausgeübt, einem Frl. Dr. jur. Es ist also nicht so, daß die volle Arbeitskraft eines Bürgermeisters hierfür erforderlich ist, denn es ist eine reine Unterschriftstätigkeit. Die Uebernahme der Baupolizei hängt von der Bewilligung dieser Stellen nicht ab, denn was der Beamte des Bezirksamts tut, der einen Hilfsarbeiter damit beauftragt, kann der Herr Oberbürgermeister auch tun, er braucht dabei nicht soweit zu gehn, daß er diese Tätigkeit einer jungen Dame überträgt. Nun wird vielleicht gesagt, daß auch juristische Fragen zu erledigen seien. Das ist nicht der Fall, denn solche Fragen, z. B. Streitigkeiten über die Kosten gemeinsamer Brandmauern, gehen die Zivilgerichte an. Zur Entscheidung solcher Fragen hat der juristische Leiter der Baupolizei nicht die gesetzliche Befugnis. Und nun noch einige Beispiele, daß es bei gutem Willen wohl möglich ist, den Technikern in der Verwaltung die Stellung zuzuweisen, die ihnen im ureigensten Interesse der

Sechstes Akademiekonzert

Solist: **Eduard Erdmann** (Berlin) — Leitung: **Richard Lert**

Den Komponisten der „Widerspenstigen Zähmung", die man in gewissem Sinn zu Unrecht seiner Oper „Francesca von Rimini" immer noch vorzieht, verknüpft die Geschichte seines Werkes mit der Stadt Mannheim und dem Mannheimer Nationaltheater sehr bedeutungsvoll: beide Opernwerke von Hermann Goetz, das zweite aus dem Nachlaß, wurden in Mannheim uraufgeführt, und er war nicht wenig stolz darauf, seine erste Oper an der „Schillerbühne" aufgeführt zu wissen. Goetz gehört zu denen, deren Andenken stets verknüpft wird mit der Klage über den allzufrühen Tod, der gerade im Reiche der Musik die reichsten Begabungen so oft zum Schweigen brachte. Im Alter von 36 Jahren starb der immerdar mit Achtung vor seinem schönen und reichen Talent zu begegnende Komponist am 3. Dezember 1876 in Hottingen bei Zürich; bei der Totenfeier in der dortigen Neumünsterkirche leitete Hegar die Chöre. Die fünfzigste Wiederkehr seines Todestages fällt also auf das Ende dieses Jahres; die Pietät Mannheims erscheint deshalb besonders groß, nachdem man bereits gestern durch die Aufführung seines Klavierkonzerts ausdrücklich auf den bevorstehenden Gedenktag Bezug genommen hat. Es ist zu hoffen, daß diese Pietät auch bis zu dem eigentlichen Zeitpunkt anhält.

Das gestern gespielte Werk als „das" Klavierkonzert von Goetz zu bezeichnen, geht eigentlich nicht an; es ist sein zweites dieser Art, wenngleich das erste, in Es-dur, bisher Manuskript bleiben mußte. Das B-dur-Konzert (op. 18) das die Mitte des gestrigen Akademieabends einnahm, wurde in Basel bei seiner Uraufführung vom Komponisten selbst gespielt. Es stammt aus der Zeit vor der Komposition der „Zähmung der Widerspenstigen", deutet aber in seiner wundervollen Melodik bereits mit aller Deutlichkeit auf dieses Werk hin. Die drei auf dem Programm vergessenen Sätze unterscheiden sich im Grunde nicht wesentlich voneinander; das Romantische, Schwärmerische haben sie gemeinsam; zuweilen erhebt es sich zur Ueberschwänglichkeit. Nie tiefe Innigkeit dieser Musik verlangt eine besonders liebevolle Interpretation, die von vornherein durch den Pianisten Eduard Erdmann gewährleistet war. Er ist u. a. ein Schüler Arthur Schnabels und macht seinem Meister alle Ehre. Seine Kompositionen offenbaren den modernen Geist, der in diesem Polen lebt und ihn auch zum berufenen Vertreter gelegentlich unmöglicher Werke macht. Seine unmusikalische Art kam in dem herrlichen Werk zu vollem Ausdruck. Goetz selbst hat über die Art, wie er sich die Interpretation des Konzertes dachte, in einem Brief bemerkt, er habe die mittlere Chopintechnik dabei im Auge gehabt. Erdmann gab mehr, er gab die reiche Seele des armen Hermann Goetz selbst! Der Wechsel der Themen, der Reichtum an Lyrik und Glut liebte unter seinen, das romantische Empfinden aus der Klaviatur gleichsam hervorzaubernden Händen mit ganzer Eindruckskraft auf. Das Orchester, dem ein ebenso dankbarer, aber auch ebenso gediegener Teil gehört, zeigte sich sichtlich von der starken Musikalität dieses außergewöhnlichen Pianisten inspiriert, der begeisterten Beifall erntete.

Die Don Juan-Variationen von Walter Braunfels waren ursprünglich für das Klavier gedacht, aber offenbar haben die geistvollen „Phantastischen Erscheinungen über ein Thema von Berlioz" und ihr Erfolg die gleiche Form auch für dies Stück angeregt. Das Werk tritt nicht mit hohen Ansprüchen auf, vermag auf alle Fälle solchen nicht zu genügen, obwohl sie bei Braunfels nicht unangebracht erscheinen. Der Charakter des Unterhaltenden ist nirgends verlassen, und daß die Behandlung des Orchesters von der bei Braunfels gewohnten Virtuosität sei, trifft nur zum Teil zu. Die dritte Variation ist in der Art ihrer Stimmführung ein Meisterstück. Aber außer dieser Delikatesse hatte man wenig Freude an dem Werk. Die sieben Variationen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Champagnerarie, die deshalb so heißt, weil das Wort Champagner darin nicht vorkommt, bei den ungeraden Nummern der einzelnen Stücke zum Ausgangspunkt der zuweilen sehr handgreiflichen Veränderung zu machen; das geschieht nach dem „wörtlichen" Zitat mit den Erinnerungen an die Ouvertüre in der ersten Variation natürlich nicht ohne Laune, ist aber nicht durchweg erfreulich, zumal der dritten Variation und ihrem echt musikalischen Esprit nichts mehr an die Seite gestellt werden kann. Die Veränderungen mit den geraden Zahlen, also 2, 4 und 6 entziehen sich trotz einiger thematischer Anklänge der näheren Bestimmung. Wir konnten nicht entscheiden, ob eine heroische oder elegische Linie in diesen Zwischenspielen aufgenommen werden sollte. Im übrigen will uns die von allen Sängern zu Tode gehetzte Arie nicht als besonders geeignet für ein vom großen Orchester vorgetragenes Stück erscheinen. Der Schluß mit seinem von der Trompete höchst ungalant und plötzlich hereingeschmetterten „Reich mir die Hand mein Leben..." kann uns nicht veranlassen, bei aller Anerkennung der hohen Verdienste des Meisters Braunfels, dieser Handreichung zum Opfer zu fallen. Das Orchester gab sich unter der aufmerksamen Leitung von Richard Lert alle Mühe, diese Scherzorerie von Beethoven bis Bruckner, die sich eine klassisch-romantische Phantasmagorie nennt, zur Wirkung zu bringen;— dafür gebührt ihm durchaus Anerkennung, zumal die Durcharbeitung des Klanglichen von spürbarem Fleiß getragen war.

Diesem Werk von Braunfels fehlt der, dessen Name am Anfang des Programms stand: der Geist Haydns! Auch die den Abend eröffnende Sinfonie, die siebte in C-dur enthält ebenfalls Variationen, deren wundervolle melodische Führung und ewig vorbildlicher Aufbau diese Partien zu den stärksten Eingebungen machen, die die klingende Kunst kennt. Und deshalb wollen wir lieber von dieser Bewähr unseres trefflichen Orchesters als von dem den Abend beschließenden Werk dankbar Abschied nehmen.

Dr. Kayser.

Theater und Musik

⊙ **Ehrungen Herbert Eulenbergs in Düsseldorf.** Die Herzlichkeit und allgemeine Anteilnahme an Eulenbergs 50. Geburtsfeste zeigen dem Dichter, daß er das Wort vom Propheten, der in seiner Heimat nichts gilt, in Zukunft nicht mehr sprechen darf. Bis auf den letzten Platz war das Schauspielhaus bei der Morgenfeier gefüllt, die ihm zu Ehren veranstaltet wurde, der ja der Begründer der Theatermorgenfeiern in festlicher Abstimmung war. Der Epiker und Lyriker wurde hier vor Augen gestellt, und er selbst plauderte, geistreich und formschön wie immer, über rheinische Menschen und über den Dichter! Die Kunstakademie ernannte ihn am Geburtstagsmorgen in offiziellem Festakte zum Ehrenmitglied. Wie Direktor Kalsbach ausführte, will so die rheinische Kunstakademie den rheinischen Dichter ehren. Herbert Eulenberg, der von der Würde des Dichters sprach, nahm die Ehrung als Ehrung seines Standes an. „Romantisch" war, daß beide offiziellen Redner, Ministerialrat Waetzold und Ernst Hardt-Köln verhindert waren. Temperamentvoll brachte Josefh Winkler den Gruß der rheinischen Poeten, wobei er treffend auf die verpaßten Gelegenheiten bei den Jahrtausendfeiern hinwies. Die Bühnen bringen in den nächsten Tagen: „Mächtiger als der Tod" und „Frauentausch".

Dr. K. L.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Ein 5900 Jahre alter Papyrus gefunden.** Aus Kairo berichtet Reuter, daß ein prächtiger Säulengang von 85 Meter Länge, der zurückzuführen sei auf die dritte ägyptische Dynastie, d. i. 4000 Jahre vor dieser Zeitrechnung, im Osten der die Pyramide von Saqqara umgebenen Fläche aufgedeckt worden ist. Von der ganzen Säulenreihe sind noch 48 Säulenschäfte von einem Meter Durchschnitt an der Basis sichtbar, die volle Höhe muß mehr als 5 Meter gewesen sein. In den Kellern fanden die Forscher einen Papyrus von größtem Belang. Es ist ein an den Großvezier gerichteter Brief eines Offiziers im ägyptischen Heere. Beim Lesen des Briefes muß man sich wundern über die Klagen, die der Offizier vor 5900 Jahren führte. Die Beschwerden gleichen nur zu sehr denen, die man heute noch täglich hören kann. Der Offizier schrieb u. a., daß er sechs Tage lang auf Kleidungsstücke warten mußte, die er für seine Mannschaften bestellt hätte.

MARCHIVUM

Stadtgemeinde zukommt. Karlsruhe hat als Bürgermeister zwei Juristen: einen Gewerkschaftler und einen Techniker. Der verstorbene Bürgermeister Drach in Heidelberg war ein Techniker. In beiden Städten gilt dieselbe Gemeindeordnung wie in Mannheim. Und nun die Nachbarländer. In Mainz, Gießen, Offenbach, Darmstadt, Saarbrücken sind Techniker Bürgermeister. In Preußen sind sie es schon seit 100 Jahren. Dort sitzt der Techniker, der Schulmann, der Arzt im Magistrat und der Oberbürgermeister ist Primus inter pares. Der Dienstälteste vertritt den Oberbürgermeister, ganz gleich, ob es der Schulmann oder Techniker ist. Die Bevormundung der Spezialfachleute durch die Juristen ist unerträglich und nicht im Interesse der Städte. Nun sollen in Mannheim besondere Schwierigkeiten bestehen, einen Techniker zum Bürgermeister zu wählen und ihm die gesamte Technik der Stadt zu übertragen, weil mit den vorhandenen Technikern vertragliche Sonderabmachungen bestehen. Man versuche es doch einmal und man wird sehen, daß es geht. Die Eifersucht unter den Technikern ist nicht so groß, wie man sie hinzustellen sucht. In unserer Verwaltung sind Techniker, die wohl geeignet sind, diesen Posten einzunehmen, vorhanden, man brauchte also gar keine Personalvermehrung. Ueber eins besteht unter den Technikern jedenfalls Uebereinstimmung, daß es zweckmäßiger ist, über technische Fragen mit einem Fachmann sich zu unterhalten, als mit einem Laien, dem natürlich die Materie fremd sein muß. Ich möchte noch nachtragen, daß in Heilbronn sogar der Oberbürgermeister Techniker und zwar Architekt ist. Wir werden die Vorlage in diese. Form ablehnen.

Stv. Ehrle (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Die Uebernahme der Baupolizei sei nur ein Vorwand, um neue höhere Verwaltungsstellen zu schaffen. Die Kommunisten seien dafür, daß nicht nur die Baupolizei, sondern die gesamte Polizei von der Stadt übernommen werde, damit sie vom Bürgerausschuß kontrolliert werden könne. Die Kommunisten verlangen nicht einen Ausbau, sondern einen Abbau auch der höheren Verwaltungsstellen. Es müsse versucht werden, mit den vorhandenen Kräften auszukommen. Es seien noch zu viel Juristen da und es könnten noch weiche abgebaut werden. — Stv. Dr. Moekel (Ztr.) bezeichnet die Vorlage als von erheblicher Tragweite. Wir können uns nicht schon jetzt auf lange Zeit festlegen, daß zwei Bürgermeister Juristen sein müssen, daß sie im höheren Verwaltungsdienst tätig sind oder die Qualifikation dazu besitzen und bitten deshalb, diesen Passus zu streichen. Als der Redner die Jurisprudenz als eine der schwierigsten Wissenschaften bezeichnet, die das rechtliche Leben und das Denkvermögen des Volkes beherrscht, ruft er dadurch schallende Heiterkeit hervor, daß er auf einen Zwischenruf des Kommunisten Ehrle antwortet: wenigstens bei einem Teil der Bevölkerung. Es bedarf nur einer Ressorteinteilung, um die Baupolizei einem Juristen zuzuteilen. Wir sind der Ansicht, daß auch ein Techniker wohl imstande ist, diese Aufgabe unter Leitung eines juristischen Bürgermeisters zu erfüllen. Es ist nicht erforderlich, daß ein juristischer Bürgermeister gewählt wird. An die oberste Stelle der Wirtschaftsstadt Mannheim gehört ein Mann der Wirtschaft.

Stadtv. Dr. Stoll (D. Vp.) führt aus: Die Volkspartei wird gegen den Antrag stimmen und zwar aus rein sachlichen Gründen. Die Stadt möchte die Baupolizei an sich ziehen. Früher war die Baupolizei im Bezirksamtsgebäude untergebracht, sodaß sich der Gang der Amtsgeschäfte vollkommen reibungslos vollziehen konnte. Der Geschäftskreis des Bezirksamtes hat sich seither außerordentlich vermehrt, speziell einmal durch die Eingliederung des Bezirksamtes Schwetzingen, dann beispielsweise durch die außerordentliche Entwicklung des Verkehrswesens, bedingt durch den ständig wachsenden Automobilverkehr. Wegen Raummangels war es nötig, einen Teil der Baupolizeibehörde nach R 5 zu verlegen. Hierdurch hat sich freilich eine gewisse Unbequemlichkeit für die Gesuchsteller und für den betreffenden Regierungsrat des Bezirksamtes, der die Baupolizei unter sich hat, entwickelt. Es kann aber gesagt werden, daß der Geschäftsgang der Baupolizei im allgemeinen sich in zufriedenstellender Weise abwickelt. Die Raumfrage muß eben gelöst werden. Es müssen dem Bezirksamt in der Nähe entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Der Zeitpunkt für die Uebernahme der Baupolizei auf die Stadt ist noch nicht gekommen. Bei der heutigen Finanzlage der Stadt und den großen Aufgaben, die sie jetzt zur Zeit in Angriff genommen hat, namentlich dem Bau der Ebertbrücke, bei den Mehrausgaben für das Nationaltheater und der Erneuerung des Straßenbahnnetzes, ist äußerste Sparsamkeit am Platze. Es kann nicht gebilligt werden, daß neue Bürgermeisterposten und neue besoldete Stadtratsposten geschaffen werden. Bei Uebernahme der Baupolizei auf die Stadt müßte auch der Regierungsrat, der die Baupolizei unter sich hat, mit übernommen werden. Dieser würde dann nicht voll beschäftigt sein. Das gleiche würde gelten von einem Bürgermeister, dem die Aufgabe der Baupolizei übertragen würde. Die städtischen Finanzen würden hier unnötiger Weise belastet werden. An sich wäre es ja zu begrüßen, wenn die Stadt die Aufgabe der Baupolizei übernehmen würde, aber nur im Rahmen einer badischen Verwaltungsreform bei Errichtung eines Stadtmagistrats. Wenn heute die Stadt die Baupolizei übernehmen würde, so hätte der Stadtrat die ausschlaggebende Bedeutung. Der Stadtrat, aus der Wahl der Bürgerschaft hervorgegangen und von zeitlich beschränkter Amtsdauer, ist aber keine unabhängige Behörde, weil zu viel persönliche Beziehungen hier zwischen Bürgerschaft und dem Stadtrat bestehen. Es liegt hier die Gefahr politischer und sonstiger Beeinflussung nahe. Auch werden bei unbequemen Entscheidungen sicherlich derartige Motive dem Stadtrat unterschoben werden. Bei der derzeitigen Organisation erscheint es der Volkspartei viel zweckmäßiger, wenn die Entscheidung in den Händen eines unabhängigen, auf Lebensdauer angestellten Regierungsbeamten liegt. Dieses Bedenken ist der Hauptgrund für die Stellungnahme der Volkspartei, abgesehen davon, daß die Stadt jetzt nicht neue Aufgaben und damit neue finanzielle Lasten auf sich nehmen sollte. Beiläufig soll noch bemerkt werden, daß die Volkspartei durchaus nichts dagegen hat, wenn auch ein Techniker zum Bürgermeister gewählt wird. Aus den angegebenen Gründen werden wir gegen den Antrag stimmen.

Stv. Scheel (Dem.) kann dem Stadtratsbeschluß nicht zustimmen, weil ein vierter Bürgermeister angefordert werde. Die Wirtschaftslage gestatte nicht die Schaffung neuer Beamtenstellen. Die Geschäfte sollten unter die vorhandenen Beamten verteilt werden. An sich wäre die Uebernahme der Baupolizei erwünscht, aber der jetzige Zustand sei nicht unerträglich. Man könne noch zuwarten. — Stv. Schneider (Wirtsch. Vgg.) spricht sich ebenfalls gegen die vier Bürgermeisterstellen aus. Seine Freunde lehnten im Interesse der Sparsamkeit die Vorlage ab. — Stv. Dreifuß (Soz.) meint, wenn man den Paragr. 23 der Gemeindeordnung nicht übergehen könne, müsse man für die Baupolizei einen Juristen verpflichten. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu. — Stv. Dr. Moekel (Zentr.) bestreitet, daß er den Kernpunkt der Frage umgangen habe. Es sei nicht zweckmäßig, daß man sich in der vom Stadtrat beantragten Weise festlege. Die Frage des Bedürfnisses, daß ein Mann der Wirtschaft an die Spitze der Stadtverwaltung komme, sei akut und lasse sich nicht mehr länger hinausschieben. — Stv. Moses (D. Vp.): Wir können noch immer nicht der stadträtlichen Vorlage zustimmen. Wir möchten besonders betonen, daß bei der Ablehnung nur sachliche Gründe maßgebend sind.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der stadträtliche Antrag mit Mehrheit abgelehnt (dafür stimmen nur die Sozialdemokraten) und der Zentrumsantrag, in dem stadträtlichen Antrag die Worte „von welchen mindestens zwei die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt in einem der deutschen Länder erworben haben sollen", mit Mehrheit angenommen. Dafür stimmen auch die Sozialdemokraten. Ueber die Berechtigung, jetzt noch über den kommunistischen Antrag abstimmen zu lassen, entspinnt sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, die mit der Annahme des Antrags endigt.

Voranschlag des Nationaltheaters für das Spieljahr 1926—27

1. Beschluß des Stadtrats: a) Dem Beschluß des Bürgerausschusses, die Ausgaben des Theaterbetriebs für 1926—27 auf 2 014 000 RM. festzusetzen, wird nicht beigetreten. b) Die Ausgaben des Theaterbetriebs für 1926/27 werden auf 2 114 000 M. festgesetzt. 2. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zum Beschluß unter b) ersucht.

Stv.-V. Fuhs (Soz.) bemerkt, der Stadtverordnetenvorstand habe sich eingehend mit der Vorlage befaßt und sie mit 4 gegen 2 Stimmen, wobei der Obmann den Ausschlag gegeben habe, gutgeheißen. Da in der Sitzung am 4. Januar mit großer Mehrheit beschlossen worden sei, daß das Nationaltheater auf der bisherigen künstlerischen Höhe erhalten werden müsse und da der Intendant erklärt habe, daß er den Beschluß nur durchführen könne, wenn der Zuschuß auf 500 000 M. festgesetzt werde, empfehle er die Annahme des stadträtlichen Antrags. — Stv. Dr. Moekel (Ztr.) erklärt, seine Fraktion könne ihren früheren Standpunkt nicht aufgeben. Es müsse zum mindesten der Versuch gemacht werden, mit dem Zuschuß von 400 000 M. auszukommen. Der Intendant habe erklärt, er könne das Theater auf der bisherigen Höhe nicht halten, wenn er nicht einen Zuschuß von einer halben Million bekomme. Seine Fraktion habe ein großes Vertrauen zum Intendanten, als dieser zu sich selbst. Das gesamte Personal müsse in dem Bestreben, das Theater zu erhalten, Solidarität zeigen. Er sei persönlich der Ueberzeugung, daß man aus dem Theaterdefizit überhaupt nicht herauskomme, solange man kein neues Theater baue. Redner wendet sich gegen die mangelhafte Bekleidung des Chors in den Bacchantinnen. Die Damen seien bis an die Seirn dekolletiert.

Oberbürgermeister Dr. Kuhr stellt entgegen einer Aeußerung des Vorredners fest, daß die Stuttgarter Theater im Spieljahr 1924—25 einen Betriebszuschuß von 1,1 Mill. M. brauchten. Im Spieljahr 1925—26 werde der Zuschuß auf 1 Million geschätzt.

Stv. Moses (D. Vp.): Nachdem der Bürgerausschuß das letzte Mal seinen Beschluß gefaßt hat, können wir uns heute nicht auf einen andern umstellen. Wir sind das letzte Mal bereits mit 80 000 Mark über das ursprünglich vorgesehene hinausgegangen und wir haben dabei die Hoffnung gehabt, daß sowohl von der Theaterleitung, als auch von der Theaterkommission und der Stadtverwaltung nun das ernste Wollen zur Sparsamkeit einsetzen werde. Dabei haben wir uns nicht der Erwartung hingegeben, daß wir einen abgeänderten Voranschlag bekommen. Es ist uns gleichgültig, wie das Theater den Zuschuß verwendet. Es ist uns gleichgültig, wie die Ausgaben eingeteilt werden. Das interessiert uns nicht. Wir wollen uns auf den Boden stellen, daß wir dem Theater einen Zuschuß geben, und das Theater auch die Einnahmen und Ausgaben ausgleichen muß. Wir lehnen es daher ab, irgendwie auf die neue Budgetaufstellung einzugehen und zwar darum nicht, weil es nicht unsere Aufgabe sein kann, bei einem Institut, das Kunst darbietet oder das etliche Fertigkeiten uns darbieten soll, darüber abzustimmen, wieviel das Orchester, der Chor und die Darsteller an Gage bekommen. Unsere Pflicht ist es nur, eine solche Summe an sie zu gewähren und wenn dann vorgelesen wird, daß den Theatern anderswo so und soviel gewährt wird, so berührt uns das nicht, darum weil wir der Auffassung sind, daß auch dort irgendwie einmal abgeblasen werden muß. Und wenn wir in Mannheim einmal zuerst müssen abblasen, haben wir vielleicht der Kunst einen großen Dienst erwiesen, indem sie zur rechten Zeit sich umstellen muß und trotzdem vielleicht ihre Leistungen nicht nur auf der gegenwärtigen Höhe halten, sondern sogar verbessern kann. Und darum bringen wir hier zum Ausdruck, daß wir diesem stadträtlichen Beschluß nicht zustimmen, sondern die Beibehaltung des in der ersten Sitzung vom 4. Januar beschlossenen Zuschusses von 345 000 Mk. beschlossen haben. Wir sind der Auffassung, daß vielleicht das kleine Fassungsvermögen des Theaters mit Schuld daran ist, daß der Zuschuß überhaupt erforderlich ist. Aber wenn das nicht der Fall wäre, wären wir überhaupt nicht bereit, einen Zuschuß zu gewähren, sondern wir gewähren ihn nur, weil das Theater zu klein ist. Es ist schon früher vorgeschlagen worden, die Errichtung eines neuen Theaters ins Auge zu fassen mit allen technischen Vollkommenheiten und mit mehr Fassungsvermögen von 1800—2000 Zuschauer, doch ist dieses Projekt heute noch nicht spruchreif. Wir können nicht mehr und dürfen nicht mehr bewilligen und das Theater muß seine Kraft darein setzen, mit den Mitteln, die wir ihm gewähren, sich zu behaupten.

Stv. Schneider (Wirtsch. Vgg.) beharrt auf dem Standpunkt der letzten Sitzung und lehnt die Vorlage ab. — Stv. Schnell (Komm.) lehnt die Vorlage ab und erneuert den kommunistischen Antrag aus der Sitzung vom 4. Januar, die Summe zur Deckung des Defizits durch eine Umlage von 3 Proz. von den Betriebsvermögen über 30 000 Mk. aufzubringen. — Stv. Dr. Hirschler (Soz.) bemerkt, daß man heute zum zweiten Male hier über diese Frage beraten müsse, sei dem unmißlichen Beschluß zuzuschreiben, einerseits die bisherige Höhe der künstlerischen Darbietungen einzuhalten, andererseits aber das Budget zu kürzen. Opferfreudigkeit, von der immer gesprochen werde, könne nur dann vorhanden sein, wenn die Gesamtheit in Frage käme, nicht aber, wenn nur ein kleiner Teil Opfer bringen soll. Es sei nicht angängig, daß dem Orchester und Chor 15 Prozent der Bezüge gestrichen werden. Die in Betracht kommenden 100 000 Mark spielten gar keine große Rolle, wenn es sich um die Erhaltung des bisherigen Niveaus handle, denn eine ziemlich gleiche Summe müßte gegebenenfalls für Pensionen und Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, sodaß der Stadt kaum Ersparnisse verbleiben würden. Mit den Chormitgliedern und dem Orchester müßte, da Tarifverträge bestehen, erst wegen Kürzung der Bezüge verhandelt werden. Wir stimmen der Erhöhung des Zuschusses um 100 000 Mark zu, erwarten aber, daß die wirtschaftlich Schwächeren nicht allein die Lasten zu tragen haben. Wenn der Kollege Moekel die Aufführung der „Bacchantinnen" als nicht der bisherigen künstlerischen Höhe des Theaters entsprechend bezeichnet und die Bekleidung der Chordamen beanstandet hat, so müsse er bemerken, daß die Aufführung auf ihn großen Eindruck gemacht und er nicht gesehen habe, daß der Chor notdürftig bekleidet war. Auf diese Bemerkung antwortete Stv. Moekel: „Sie sind wohl noch kurzsichtiger wie ich," worauf Dr. Hirschler replizierte: „Sie haben scheinbar eine schärfere Brille als ich," was allgemeine Heiterkeit hervorrief. — Stv. Verren (Dntl. Vp.) spricht für sich selbst, man könnte der Meinung sein, es müßte doch gehen. Aber wenn der verantwortliche Leiter erklärt, es geht nicht, so müssen wir das Vertrauen zu ihm haben, daß das nach reiflicher Ueberlegung seine Ansicht ist. Ich stimme der heutigen Vorlage zu.

Stv. Dr. Jesselsohn (Dem.) polemisiert gegen eine hiesige Zeitung (gemeint ist die „Volksstimme"), in der die demokratische Fraktion wegen ihrer Ablehnung des Vertrages des Intendanten in der Geheimsitzung angegriffen worden war. Es hätte bisher die Gepflogenheit bestanden, sich gegenseitig zu respektieren. Er müsse den Vorwurf energisch zurückweisen, daß seine Fraktion aus angeblich verärgerter Stimmung eines einzelnen Menschen sich dazu habe bestimmen lassen, gegen den Vertrag des Intendanten zu stimmen. Stv. Dr. Wolfhard (der mit dem einzelnen Menschen gemeint ist) sei der gewesen, der für den 500 000 Mark-Zuschuß in der Sitzung vom 4. Januar eingetreten sei. Im Sitzungsprotokoll stehe wörtlich, daß die Anregung der deutschdemokratischen Fraktion, die Ausgaben auf 2 140 000 Mark, also auf einen Betriebszuschuß von 500 000 Mark festzulegen, sich nicht zu einem Antrag verdichtet hätte. Nachdem der Intendant auf zehn Jahre fest engagiert sei, habe man vor allem jetzt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dem Intendanten der Rücken gestärkt werde, damit er in der Lage sei, das zu erfüllen, was man von seiner Person erwarte. Die Rechte hätte die Verpflichtung, dem stadträtlichen Antrag ebenfalls zuzustimmen. Seine Fraktion lege großen Wert darauf, daß keine Entlassungen beim Theater erfolgten. Vor allen Dingen lege seine Fraktion Wert darauf, daß vom Orchester so wenig wie möglich entlassen werden, weil man die außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit des Orchesters anerkenne.

Stv. Moses (D. Vp.): Stv. Dr. Jesselsohn führte unsere Abstimmung bei dem vorhergehenden Punkt an, um auf etwas Außerordentliches aufmerksam zu machen. Der Zweck der Rede des Herrn Dr. Stoll ist in der Bürgermeisterfrage erreicht worden. Wir haben das, was wir erreichen wollten, erreicht. Man muß uns überlassen, so abzustimmen, wie wir es für notwendig halten. Ich glaube nicht, daß Kollege Schnell recht hat, wenn er meint, 95 Prozent der Theaterbesucher seien nicht Arbeiter. Ich glaube, es ist durch die Theatergemeinden und andere Dinge gelungen, auch eine große Anzahl Arbeiter ins Theater zu bringen. Die Ausführungen des Herrn Dr. Hirschler, daß unser Beschluß wahrscheinlich für das endgültige Defizit nicht entscheidend sei, lehnen wir ab. Wir haben bereits im vorigen Jahre in der Sitzung vom 4. Januar erklärt, daß wir nicht bereit sind, einen Pfennig mehr zu bewilligen, als von vornherein dem Theater zur Verfügung stellt wird. Etwaige ungedeckte Mehrausgaben, die nolens volens bewilligt werden müssen, akzeptieren wir nicht. Wenn gesagt wird, wir hätten dem Intendanten in der nichtöffentlichen Sitzung das Vertrauen ausgesprochen, so stimmt das, aber wir haben hinzugefügt: wir wollen ihm das Vertrauen dadurch aussprechen, daß der Vertrag genehmigt wird, sind aber davon überzeugt, daß wir weder sagen können, er schafft's oder er schafft's nicht. Wir halten es für einen Versuch. Wenn er glückt, so wird es uns freuen, und wenn er nicht gelingt, zeigt er, daß an dem organisatorischen Aufbau des Theaters etwas nicht stimmt. Wir sind nicht bereit, dem Intendanten so den Rücken zu decken, daß wir Vertrauen auf Vertrauen wälzen, wenn es sich um materielle Dinge handelt, sondern wir sind nur bereit, in der Bewilligung der Mittel so weit zu gehen, daß der Intendant sagt: Das letztemal habt Ihr mir Vertrauen geschenkt; Ihr behauptet jetzt, Ihr könnt nicht mehr weiter gehen, so will ichs wagen und will mit allem Ernst versuchen, das zu schaffen was man von mir verlangt. Das Theater muß die Last gemeinsam tragen. Wenn die Last verteilt wird, leidet keiner. Wenn dieser Geist das Theater durchflutet, dann wird das Theater etwas schaffen, das erhalt und es uns lieb und wert macht.

Oberbürgermeister Dr. Kuhr: Das Wort ist nicht mehr verlangt. Ich verzichte auf das Wort.

Die Abstimmung

In der darauffolgenden Abstimmung wird der stadträtliche Antrag mit 51 gegen 46 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen geschlossen die Rechte mit Ausnahme des Stv. Perren, das Zentrum und die Kommunisten, dafür die Sozialdemokraten und die Demokraten.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6.35 Uhr. Auf der Tagesordnung der sich anschließenden geheimen Sitzung steht nur ein Punkt: Veräußerung von Grundstücken.

Städtische Nachrichten

Reichsgesundheitswoche

Vom Reichsministerium des Innern ist für April 1926 die Abhaltung einer Reichsgesundheitswoche geplant. In Baden wurde die Durchführung der Woche der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene bezw. deren Ausschuß für hygienische Volksbelehrung übertragen. Am Samstag vormittag fand auf Ersuchen der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene im Ministerium des Innern eine Besprechung in größerem Kreise statt, die von Ministerialdirektor Dr. Leers geleitet wurde. Dr. Leers wies auf den Zweck der Reichsgesundheitswoche hin, der darin besteht, die allgemeine Aufmerksamkeit in Deutschland auf die Wichtigkeit der Gesundheitspflege hinzuweisen, die gesundheitliche Aufklärung auf wissenschaftlicher Grundlage zu vertiefen und das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Einzelnen gegenüber seinen gesundheitlichen Pflichten zu stärken. Trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse sich seit Aufstellung des Planes so ungünstig entwickelt haben, daß die vorgesehene Aufwendung größerer Mittel nicht möglich ist, soll die Reichsgesundheitswoche auch in Baden durchgeführt werden. Obermedizinalrat Dr. Römer sprach als Vertreter des Ministers des Innern, nachdem er den gepflogenen Verhandlungen in Berlin beigewohnt hat und erklärte, daß die Aerzteschaft den Plan begrüße und auch die medizinischen Fakultäten sich in den Dienst der Sache stellen wollten. Nicht zu verkennen sei die Bedeutung der Gesundheitspflege und Gesundheitsfürsorge auch für unser Land. Dem vom Reichsministerium propagierten Gedanken müsse auch in Baden nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Grundlage für eine zweckmäßige Volksaufklärung über Gesundheitspflege sei vor allem die Jugendbelehrung, die durch einen hygienischen Unterricht an die Lehrer gefördert werden soll. Anschließend sprach der Vorsitzende der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene Dr. Baas und im Namen der Aerzteschaft Dr. Fischer. Aufgrund der Ausführungen dieser Herren entwickelte sich eine lange Aussprache, an der sich die Vertreter all der interessierten Verbände, Vereine und Organisationen, der Caritasverband, die innere Mission, der Städtebund, die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen, Industrie- und Handelsverband, die christlichen und anderen Gewerkschaften, der Badische Frauenverein, der Verein badischer Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen, der Verein katholischer Lehrerinnen und der badische Lehrerverein beteiligten.

* **25jähriges Geschäftsjubiläum.** Am morgigen Donnerstag begeht der Steinbruchbesitzer und Bauunternehmer Leonh. Hanbuch sein 25jähriges Geschäftsjubiläum und zugleich 50. Geburtstag. Der in Mannheimer und Pfälzer Kreisen wohlbekannten und geschätzte Jubilar kam 1898 nach Mannheim und gründete hier im Jahre 1901 ein Steinmetzgeschäft. Durch hervorragende praktische Kenntnisse und unermüdlichen Geschäftseifer hat es Herr Hanbuch verstanden, sein Unternehmen stetig zu erweitern und auszubauen. Zahlreiche staatliche, städtische und Privatbauten in Mannheim und anderen größeren Städten Süddeutschlands zeugen von der Güte der geleisteten Arbeiten. Unter deren großen Zahl seien hier angeführt: Die städt. Feuerwehrkaserne, Herschelbad, Oberbau der Jungbuschbrücke, große Teile des Neuen städt. Krankenhauses, Bankgebäude der Süddeutschen Diskonto-Ges. A.-G., ferner 12 Schulhäuser, darunter die Kurfürst Friedrich-Schule, Liselotte-Schule und Lessingschule. Weiter sei noch die Teillieferung der Steinmetzarbeiten an der Christuskirche besonders hervorgehoben. Vor mehreren Jahren wurde das Geschäft in die Firma Leonh. Hanbuch u. Söhne umgewandelt und als Bauunternehmung weitergeführt. Auch unter dieser Firma sind zahlreiche öffentliche und Privatbauten ausgeführt worden, die sich besonders durch solide Bauweise auszeichnen. Das Unternehmen zählt heute zu den führenden Firmen des Mannheimer Baubandwerks und kann durch das allgemein geschenkte Vertrauen der besten Zukunft entgegengehen.

* **Kleine Kinder nicht unbewacht lassen!** Sonntag nachmittag ließ eine Frau im Hause Alphornstraße 45 ihr 10 Monate altes Kind einen kurzen Augenblick unbewacht auf dem Tisch liegen, sodaß es auf den Boden fiel und einen Bluterguß im Kopfe davontrug. Das Kind fand Aufnahme im Allgemeinen Krankenhaus.

Veranstaltungen

♂ **Theaternachricht.** In der heutigen Aufführung von Wagners „Meistersinger von Nürnberg" zum Jubiläum der Handwerkskammer singt den „David" Richard Riedel vom Opernhaus Köln. — Die Erstaufführung der mit dem Kleistpreis gekrönten rheinhessischen Winzerkomödie „Der fröhliche Weinberg" ist auf 4. Februar angesetzt. — Die erste Aufführung der neueinstudierten „Hochzeit des Figaro" von Mozart findet am kommenden Dienstag statt. — Wegen Erkrankung von Nilla Eisenlohr wird morgen, Donnerstag, „Die heilige Johanna" „Flachsmann als Erzieher" gegeben.

* **Alt-Katholische Gemeinde.** Am Sonntag abend fand im Saale des Kleinen Hofes ein sehr gut besuchter alt-katholischer Gemeindeabend statt. Stadtvikar Reuken-Heidelberg führte an Hand zahlreicher, selbst aufgenommener Lichtbilder von seiner Schönheit in die Eisregionen der Schweizer Alpen. Lieder des Kirchenchores umrahmten den Vortrag.

MARCHIVUM

Neue Mannheimer Zeitung · Handelsblatt

Die Erträgnisse der englischen Industrie im Jahre 1924/25

Von Georg Haller-Mannheim

I.

Der mit England abgeschlossene Handelsvertrag, der in Deutschland seinerzeit allseitig begrüßt wurde, hat inzwischen der deutschen Industrie und dem Ausfuhrhandel eine starke Enttäuschung gebracht. England, das Freihandelsland par excellence, geht unter seiner konservativen Regierung immer mehr dazu über, eine Industrie nach der andern durch Schutzzölle unter dem „Safeguarding of Industries Act" gegen den ausländischen Wettbewerb zu sichern. Das hat bekanntlich dazu geführt, daß Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages und des dazugehörigen Protokolls aufgenommen wurden, ohne daß die zu diesem Zweck in London weilende Abordnung nennenswerte Erfolge erzielen konnte, weil sich die englische Regierung gegen eine unter den beiderseitigen Sachverständigen vereinbarte Abmachung ausgesprochen hat. Unter diesen Umständen ist es von besonderem Interesse zu verfolgen, wie sich die englische Industrie in den letzten Jahren nach ihren Erträgnissen entwickelt hat und dabei zu unterscheiden, in welcher Weise der Zollschutz auf diese Erträgnisse einwirkt. Die nachstehende Darstellung, bei der wir uns der Sicherheit halber auf englische Quellen selbst stützen, mag dies dartun. Sie umfaßt die Hauptvertreter der einzelnen Industriezweige, von denen viele ihre Erträgnisse aufrecht zu erhalten verstanden haben, während mehrere Gruppen ein bemerkenswerten Rückgang aufweisen, der besonders in der Kohlen-, Eisen- und Stahl-, Maschinen- und Textil-Industrie zutage tritt. Bei der Aufstellung ist eine gemeinsame Grundlage für die Berechnung des Reingewinnes gesucht; der verteilbare Reingewinn versteht sich nach Abzug der Abschreibungen, Steuerlasten, Beamtengehälter, Direktoren- und Bücherrevisoren-Bezüge, Verzinsung der Schuldverschreibungen und der geliehenen Betriebskapitalien sowie nach Auswertung an die Spezialreserve für Steuern, Amortisation usw. Die zahlenmäßigen Angaben erstrecken sich auf drei Perioden: a) Durchschnitt für die Jahre 1920—1923, die sowohl Hochkonjunktur wie die Zeiten schlechten Geschäftsganges umfassen; b) 1923/24; c) 1924/25. Der Reingewinn wird gegen das arbeitende Gesamtkapital ausgewiesen und seine Zuteilung für Dividendenzahlungen, Reservestellungen usw. wird besonders untersucht. Der Durchschnitt ist für die einzelnen Industrien derart errechnet, daß z. B. unter „Baumwolle" nicht nur Spinnereien und Webereien, sondern auch Bleichereien, Färbereien und Zwirnereien etc., unter „Maschinenfabriken" die Fabrikation von Textilmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen und Lokomotiven, Kesselfabrikation, Konstruktionsmaterial usw., einbegriffen ist. Im allgemeinen zeigt sich, daß für den Konsum arbeitende Industrien die Zeit der Depression besser überstanden haben, als für die Produktion arbeitende Unternehmungen, deren Fertigprodukte das Rohmaterial für andere Gewerbe liefern. Die besten Resultate erzielten die Brauereien und die Tee-Firmen, die ungünstigsten dagegen die Eisen- und Stahlwerke, die Maschinenfabriken und die Schiffahrt. Die elektrische Industrie machte im ganzen stetige Fortschritte. Unter den Textilgewerben hat die Baumwolle verarbeitende Industrie ihre Lage in den letzten zwei Jahren bemerkenswert verbessert, die Wollindustrie hat dagegen an Boden verloren. Die chemischen Industrien nehmen eine Lage ein, die sich sozusagen in der Mitte zwischen guten Ergebnissen und Depressionsresultaten hält. Unter den spekulativeren Gruppen hat die Oel-Industrie viel von der Belebung eingebüßt, die den Zeitabschnitt nach dem Waffenstillstand auszeichnete, wogegen die Gummiindustrie eine nennenswerte Erholung aufweist.

Gewinne „geschützter" und „ungeschützter" Industrien.

Es liegt auf der Hand, daß die der Schutzzölle sich erfreuenden Industrien, wie Braugewerbe und elektrische Kraftversorgung sich besserer Erträgnisse erfreuen als die ungeschützten Industrien wie Eisen- und Stahlherstellung, Schiffsbau, Seifenfabrikation und daß die Kluft zwischen diesen Gruppen die Tendenz hat, sich zu erweitern. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß hinsichtlich der Ergebnisse natürlich auch eine Reihe anderer Umstände mitspricht, so daß „ungeschützt" nicht notwendigerweise auch gleichbedeutend mit „unrentabel" ist, wie dies z. B. bei der Baumwoll-Industrie sich zeigt. In diesem Gewerbe, als Ganzes genommen, haben manche Zweige einen höheren Gewinn erzielt, manche einen niedrigeren, so daß die Ergebnisse nicht ohne weiteres als ungünstig angesprochen werden können.

Gehen wir nun zu den einzelnen Industriegruppen über, so zeigt sich, daß 18 Kohlen-, Eisen- und Stahl-Firmen mit einem eingezahlten Kapital von 73 316 000 Lstrl. im Durchschnitt der Jahre 1920—23, 74 459 000 im Jahre 1923—24 und 76 450 000 im Jahre 1924—25, im Durchschnitt 1920—23 an Gewinn erzielten 3 742 000 Lstrl., 1923—24 3 559 000 und 1924—25 2 001 000 Lstrl. Die Relation zwischen Gewinn und Kapital betrug danach im Durchschnitt 1920—23 5,1 pCt., 1923—24 4,8 pCt. und 1924—25 2,6 pCt. In gleicher Reihenfolge stellen sich die Ziffern für 15 Maschinenbau-Firmen: 35 632 000 Lstrl., 38 751 000, 38 934 000, 3 766 000, 2 508 000, 2 152 000, bzw. 10,6, 6,5 und 5,5 pCt.; für 11 Elektrizitäts-Firmen, die sich mit Fabrikation beschäftigen: 16 878 000 Lstrl., 17 688 000, 17 850 000, bzw. 1 482 000 Lstrl., 1,205 000, 1,770 000 bzw. 8,8, 6,8 und 9,9 pCt.; für 10 Elektrizitäts-Firmen, die sich mit der Lieferung von Kraft und der Versorgung beschäftigen: 12 [illegible]00 Lstrl., 12 786 000, 14 291 000 bzw. 1 127 000, 1 771 000, 1 830 000 bzw. 9,1, 13,9 und 12,8 pCt., für 7 Baumwoll-Firmen: 21 568 000 Lstrl., 21 594 000, 21 597 000 bzw. 1 750 000, 2 634 000, 2 731 000 bzw. 8,1, 12,2 und 12,6 pCt; für 7 Textil-Firmen der Wollbranche: 8,735 000 Lstrl., 8 735 000, 8 781 000 bzw. 698 000 Lstrl., 880 000, 535 000 bzw. 8,0, 10,1 und 6,1 pCt.; für 10 Schiffahrts-Linien: 44 582 000 Lstrl., 48 042 000, 48 392 000 bzw. 3 847 000 Lstrl. 2 699 000, 3 029 000 bzw. 8,6, 5,6 und 6,3 pCt.; für 3 chemische Fabriken: 13 469 000 Lstrl., 14 375 000, 14 424 000 bzw. 1 253 000 Lstrl., 1 612 000, 1,612 000 bzw. 9,4, 11,2 und 11,2 pCt.; für 4 Seifenfabriken: 54 013 000 Lstrl., 58 145 000, 63 298 000 bzw. 4 569 000 Lstrl., 5 660 000, 6 114 000 bzw. 8,4, 9,7 und 9,7 pCt.; für 6 Oel- und Petroleumfirmen: 42 807 000 Lstrl., 52 067 000, 51 697 000 bzw. 11 812 000 Lstrl., 5 159 000, 7 232 000 bzw. 27,6, 9,9 und 14,0 pCt.; für 15 Gummiplantagen-Gesellschaften: 3 912 000 Lstrl., 4 103 000, 4 103 000 bzw. 62 000 Lstrl., 226 000, 343 000 bzw. 2, 5,5 und 8,3 pCt.; für 10 Teeplantagen-Gesellschaften: 2 049 000 Lstrl., 2 035 000, 2 161 000 bzw. 336 000 Lstrl., 676 000, 827 000 bzw. 16,4, 33,2 und 38,2 pCt.; für 14 Brauerei- u. Destillationsgesellschaften: 32 331 000 Lstrl., 39 150 000, 39 896 000, bzw. 5 075 000 Lstrl., 5 974 000 und 7 761 000 bzw. 15,7, 15,2 und 19,5 pCt.

Von diesen in Gruppen zusammengefaßten Firmen wurden in Prozent des Aktienkapitals verteilt im Durchschnitt der Jahre 1920—23 bzw. 1923—24 bzw. 1924—25: Kohlenbergbau, Eisen und Stahl 4,8, 3,8 und 3 pCt., Maschinenbau 5,8, 6 und 5,8 pCt., Elektrizitätsfirmen (Fabrikation) 6,9, 5,8 und 6,9 pCt.; desgl. (Kraft- und Versorgung) 5,8, 7,9 und 7,7 pCt.; Textilgewerbe (Baumwolle) 8,3, 8,9 und 9,1 pCt.; desgl. (Wolle) 6,2, 6,7 und 5,9 pCt.; Schiffahrt 7,8, 5,9 und 6,2 pCt.; Chemische Industrie 8,5, 9,6 und 9,4 pCt.; Seifenfabrikation 8,1, 9,3 und 9,2 pCt.; Oel und Petroleum 23,6, 12,3 und 12,2 pCt.; Gummiplantagen-Gesellschaften 1,5, 4,9 und 7,1 pCt.; Teeplantagen-Gesellschaften 13,4, 27,8 und 32,6 pCt.; Brauereien und Destillations-Gesellschaften 12,3, 12,3 und 16,0 pCt. Im ganzen sind die Dividenden danach während der letzten zwei Jahre ziemlich stabil geblieben. Erhöhungen in gewissen Gruppen (Brauerei- und Destillationsgewerbe, Gummi- und Teeplantagen) stehen Ermäßigungen in anderen Gruppen (Kohlenbergbau, Eisen- und Stahl-Industrie, Maschinenbau und Wollenindustrie) gegenüber. Nimmt man die 13 Gruppen als ein Ganzes, so ergibt sich für das letzte Jahr eine Durchschnittsdividende von 8,3 pCt. des eingezahlten Aktienkapitals gegen 8,0 pCt. für 1923—24. Beide Sätze bewegen sich unter dem Durchschnitt, der in der Grundperiode 1920—23 verteilt wurde und sich auf 9,7 pCt. errechnet. Da in der letzten Zeit mehrfach behauptet worden ist, die britische Industrie zahle Dividenden, die in der Hauptsache aus Reserven entnommen seien, ist hier festzustellen, daß die bezahlten Dividenden den Reingewinn bei nur 2 der 13 Gruppen, nämlich bei der Montanindustrie und der Maschinenfabrikation, überstiegen haben.

Der deutsche Außenhandel im Dezember 1925

Wir haben schon im vorgestrigen Abendblatt unter letzten Meldungen davon berichtet, daß die im deutschen Außenhandel seit Monaten wieder deutlich erkennbare Tendenz der Besserung der Handelsbilanz auch im Dezember angehalten und daß im Dezember die Handelsbilanz zum ersten Male seit August 1924 wieder aktiv ist. Der Ausfuhrüberschuß im Dezember beträgt insgesamt 34 Millionen R.M, im reinen Warenverkehr 36 Mill. R.M. Im Jahre 1925 beträgt somit der Einfuhrüberschuß rund 4,3 Milliarden R.M, im reinen Warenverkehr 3,6 Milliarden R.M.

Die reine Wareneinfuhr weist im Dezember gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 98 Mill. R.M auf. Daran sind alle Gruppen beteiligt, hauptsächlich jedoch Rohstoffe und halbfertige Waren (mit 60 Mill R.M.) und Fertigwaren (mit 30 Mill. R.M). Die reine Warenausfuhr zeigt im Dezember gegenüber dem Vormonat eine unwesentliche Zunahme (um 3 Mill. R.M). Auch die Zusammensetzung der Ausfuhr hat sich nur geringfügig verändert.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt im Dezember gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 7,1 Mill. R.M. Verminderungen der Einfuhr sind festzustellen bei Eiern, Wein, Obst, Fleisch, Speck und Fleischwürsten, Gerste, Kakao, Butter u. a. Eine beträchtliche Steigerung zeigt die Einfuhr an Reis (21,4 Mill. R.M). Ferner zeigen Zunahmen Südfrüchte, Schmalz, Weizen.

Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 59,7 Mill. R.M auf. Einer Steigerung der Einfuhr bei Wolle um 25,1 Mill. R.M stehen Abnahmen gegenüber beim Baumwolle (um 18,1 Mill. R.M), Bau- und Nutzholz (14,4 Mill. R.M), Kalbfellen und Rindshäuten, Flachs, Hanf, Jute und Zink u. a.

Auch die Einfuhr an Fertigwaren zeigt im Dezember gegenüber dem Vormonat einen beträchtlichen Rückgang (um 29,6 Mill. R.M). Einen Rückgang weisen auf: Leder, Baumwollgarne, Baumwollgewebe, Stab- und Formeisen u. a.

Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt im Dezember gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 14,5 Mill. R.M. Davon entfallen auf Weizen 5,5 und Roggen 3,9 Mill. R.M. Im Dezember sind (hauptsächlich gegen Einfuhrschein) ausgeführt worden an Roggen 782 000 Doppelzentner und Weizen 933 988 Doppelzentner. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist im Dezember gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 4,1 Mill. R.M auf. Die Ausfuhr an Fertigwaren zeigt im Dezember eine Abnahme um 6,2 Mill. R.M. Die Ausfuhr an Textilfertigwaren ist gegenüber dem Vormonat um 3 Millionen gestiegen, ebenso zeigt die Ausfuhr an Metallwerkerzeugnissen und Eisenwaren eine leichte Zunahme (um 3,3 Mill. R.M). Die Ausfuhr an Maschinen ist dagegen leicht zurückgegangen (um 2,5 Mill. R.M). Abnahmen zeigt ferner die Ausfuhr an Waren aus Edelmetall (um 3,2 Mill. R.M) und Kinderspielzeug (um 5,4 Mill. R.M).

Die Einfuhr an Gold und Silber weist gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 30,7 Mill. R.M auf; die Ausfuhr ist ebenfalls leicht zurückgegangen.

-o- **Um die Verlegung des Sitzes des Kohlenkontors.** Die Gesellschafterversammlung, die über die Verlegung des Sitzes des Kohlenkontors von Mülheim-Ruhr nach Mannheim oder Duisburg-Ruhrort beschließen soll, ist auf den 5. Februar einberufen. Das Kohlenkontor gibt seinen Mitgliedern bekannt, daß die Buchhaltung und die Kasse am 1. Februar nach Mannheim verlegt werden.

:-: **Konkurse in Baden.** Ueber das Vermögen des Blechners Joseph Reiff in Reilingen, der Hauglaß, Maschinen- und Elektro-Industrie in Karlsruhe und der Firma Jakob Dorn, Zigarrenfabrik in Hockenheim wurde am 23. Januar das Konkursverfahren eröffnet.

⊙ **Oelfabrik Groß-Gerau.** In der in Bremen abgehaltenen G.-V. wurde festgestellt, daß der frühere Vorstand der Gesellschaft Berichte erstattet hatte, die den Tatsachen nicht entsprachen. Eine Prüfung und eine Zwischenbilanz von Ende November 1925 ergibt einen Verlust von etwa 3,6 Mill. R.M. Zur Deckung dieses Verlustes wurde eine Zusammenlegung der Aktien von 4:1 vorgeschlagen, was einer Reduzierung des Aktienkapitals von 4,8 auf 1,2 Mill. M. gleichkommt.

⊙ **Oest. Nährmittelwerke A.-G., München.** In der gestrigen o. G.-V. wurde beschlossen, den Verlust des abgelaufenen Geschäftsjahres von 35 157 M auf neue Rechnung vorzutragen.

⊙ **Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.** Wie die Gesellschaft mitteilt, sind die abgerechneten Umsätze um 50 pCt. gestiegen. Auch liegen um 30 pCt. mehr Aufträge vor als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nach 3,06 Mill. R.M für Abschreibungen und einer Tilgungsquote von 957 506 R.M auf Disagio für amerikanische Anleihen verbleibt für den 30. September ein Reingewinn von 8,36 Mill. R.M. Die zur Verteilung gelangende Dividende beträgt 6 pCt. gegenüber 5 pCt. im Vorjahre.

⊙ **Verlängerung der Geschäftsaufsicht im Kahn-Konzern?** Ob die Geschäftsaufsicht im Richard Kahn-Konzern verlängert wird, ist noch zweifelhaft, da die Gläubiger hierzu noch nicht Stellung genommen haben. Man will zunächst die zwischen den 15 Gesellschaften des Konzerns durch Vertrag und Bürgschaften bestehenden Bindungen auflösen und glaubt dann, für die ungesicherten Gläubiger etwa 30 pCt. zu erlangen. Was die gesicherten Gläubiger anbelangt, so erhalten diese einstweilen 50 pCt. und für den Rest ein Anrecht auf die Aktienpakete des Konzerns.

⊙ **Wehel u. Freytag Komm.-Ges. a. A., Hamburg.** In der gestrigen G.-V. wurde der Vorschlag auf Abschluß eines Fusionsvertrages mit der Reiherstieg Schiffswerft einstimmig angenommen und mitgeteilt, daß auf Grund der günstigen Uebernahmebedingungen eine angemessene Rentabilität erhofft werden könne. Ueber die Verteilung einer Dividende könne jedoch nichts gesagt werden. Die G.-V. beschloß sodann die Erhöhung des Aktienkapitals um 0,6 auf 1,8 Mill. M. Wie verlautet, gelang es der Gesellschaft, das große Schwimmdock der Reiherstiegwerft an eine holländische Firma um 2 Mill. M bar zu verkaufen.

⊙ **Norddeutscher Lloyd.** Nach einer Meldung aus New York kursieren dort Gerüchte, nach denen der Harriman-Konzern sich um die Kontrolle über den Norddeutschen Lloyd bemühe. Wie verlautet, ist weder bei der Verwaltung des Nordd. Lloyd noch bei der Hapag über die Absichten des Harriman-Konzerns etwas bekannt.

-g- **Gerling-Konzern, Lebensversicherungs-A.-G., Köln.** Wie uns die Verwaltung mitteilt, war auch im Jahre 1925 das Neugeschäft sehr gut. Beantragt wurden Lebensversicherungen über 214 Mill. R.M Versicherungssumme und Invaliditäts-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungen über 1 741 000 R.M Jahresrente. Von dem Versicherungsbestand entfallen rund 50 Mill. R.M auf Kollektivverträge mit großen Firmen und Verbänden. Die Prämieneinnahme betrug über 19 Mill. R.M. Die noch nicht ganz fertig gestellten Abschlußzahlen lassen, dank einem noch höheren Sterblichkeitsgewinn als im Vorjahr, gutem Zinsertrag und normalem Storno- und Unkostenverlauf, ein sehr günstiges Dividenden-Ergebnis für die Versicherten erhoffen. Bei der Gesamtheit der Lebensversicherungs-Gesellschaften des Gerling-Konzerns sind im Jahre 1925 Lebensversicherungsanträge über 291 Millionen und seit der Umstellung der Reichswährung bis Ende 1925 insgesamt über 678 Mill. R.M eingereicht worden.

Devisenmarkt

Der europäische Devisenmarkt war, was die französische Währung anbelangt, gestern lebhafter. Infolge des ungeklärten Ausgangs der Kammerdebatte verlor der französische Franken in den gestrigen Vormittagsstunden erneut an Wert und stellte sich vorübergehend auf 131,50 gegen London. In den Abendstunden konnte sich eine leichte Befestigung durchsetzen. Der Kurs wird heute vormittag mit 130¾ gegen London aus New York gemeldet. Der belgische Franken und die italienische Lira blieben gegenüber dem englischen Pfund unverändert 107 bzw. 120,50, Kabel gegen Schweiz 518¾, London—Schweiz 25,21, Paris—Schweiz 19,25 (19,30), Mailand—Schweiz 20,90, Kabel—Holland 249 (249¼), London—Holland 12,10, London—Oslo 23,85 (23,90), London gegen Kopenhagen 19,60, London—Stockholm 18,15, London—Madrid 34,35, Brüssel—Paris 122,25 (122), Mailand—Paris 108,50 (108,25). Das englische Pfund liegt unverändert fest und stellt sich gegen Kabel auf 486¾.

In Reichsmark lassen sich folgende Kurse feststellen: Paris 15,60 (15,65), Schweiz 81,00, Pfg., London 20,42,5 M, Mailand 16,95 Pfg., Holland 1,68,60 M, Prag 12,44, Oslo 85,60 (85,55) Pfg., Kopenhagen 1,04,10 M, Stockholm 1,12,40 M, Brüssel 19,10 Pfg., Madrid 59,45 Pfg., Argentinien 1,74,10 (1,74) M und der japanische Yen, der sich nach einem vorübergehenden Rückschlag am gestrigen Tage wieder kräftig erholen konnte, 1,88,90 (1,87,30) M. ⊙

Schiffahrt

Vereinigung der deutschen Hafenverbände

Unter der Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Külb, Mainz, des Vorsitzenden des Rheinhafenverbandes, wurde die Vereinigung deutscher Hafenverbände gegründet. Sie besteht aus dem Hafenverband des Rheinstromgebietes und seiner Anschlußwasserstraßen (sämtliche Wasserstraßen westlich des Elbgebietes), aus dem Hafenverband des Elbstromgebietes und aus dem Verband der östlichen Binnenhäfen. Die neugegründete Vereinigung bezweckt die gemeinsame Vertretung der Interessen der bezeichneten Verbände an der Ordnung und Entwicklung des deutschen Hafenwesens. Vorsitz und Geschäftsführung bleiben bis auf weiteres in der Hand des Rheinhafenverbandes, der schon seit Jahren die gleichen Ziele für sein Gebiet verfolgt.

Waren und Märkte

Berliner Metallbörse vom 26. Januar

Preise in Reichsmark für 1 Kg.

	25.	26.		25.	26.
Elektrolytkupfer	133.—	132.75	Aluminium in Barren	2.40 2.50	2.40 2.50
Raffinadekupfer	—.—	—.—	Zinn, ausl.	—.—	—.—
Blei	— —	— —	Hüttenzinn	— —	— —
Rohzink (Bb.-Pr.)	74.5-75.5	73.5-74.5	Nickel	3.40-3.50	3.40 3.50
„ (fr. Verk.)	— —	— —	Antimon	1.90-1.95	1.90-1.95
Platinerz mk	65.5 66.5	66 67	Silber für 1 Gr.	93.50 93.50	93.25 94.25
Zinnmetall	2.35 2.40	2.35 2.40	Platin p. Gr.	500.—	480.—

London, 26. Januar. Metallmarkt. (In £ st. f. d. eng. t. u. 1016 Kg.

	25.	26.		25.	26.		
Kupfer Kasse	58 50	58 50	best. elect.	63.25	63.75	Blei	34.25 34.25
do. 3 Monat	59.65	59 75	Nickel	— —	—.—	Zink	37.— 37.—
do. Elektrol	65.50	65 50	Zinn Kasse	279.75	279 65	Quecksilber	14.25 14.25
						Regulus	—.— —.—

:-: **Nürnberger Hopfenmarktbericht** vom 26. Jan. Zufuhr 30 Ballen, Umsatz 20 Ballen. Tendenz unverändert. Preise für roten und geringen Markthopfen 320—430, württemb. 530 M.

:-: **Pforzheimer Edelmetallpreise** vom 26. Jan. 1 Kg. Gold 2795 G. 2809 B.; 1 Kg. Silber 92,50—93,00 G. 94,50 B.; 1 Gramm Platin 14,50 G. 14,90 B.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Rhein-Pegel	20.	21.	22.	23.	26.	27.	Neckar-Pegel	20.	21.	22.	23.	26.	27.
Schusterinsel*	1,32	1,25	1,17	1,20	1,00	1,05	Mannheim	3,33	3,25	4,34	3,15	3,05	2,93
Kehl	2,24	2,24	2,16	2,18	2,01	2,03	Offenau	1,54	—	1,62	1,58	1,46	1,50
Maxau	4,19	4,10	4,01	4,19	4,15	4,13							
Mannheim	3,36	3,30	4,13	3,13	3,01	3,1							
Caub	2,65	2,61	—	3,10	2,41	—							
Köln	3,71	3,62	4,11	3,16	3,14	2,95							

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Neue Mannheimer Zeitung, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme.
Chefredakteur: Kurt Fischer. Verantwortlich für den politischen Teil: Hans Alfred Meißner; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: J. Bernhardt.

Die Frauen haben ein ganz besonderes Interesse

am Anzeigenteil der Zeitung, weil ihnen der Einkauf für die Familie obliegt und sie deshalb ihr Augenmerk besonders auf vorteilhafte Angebote richten. Die „Neue Mannheimer Zeitung" wird von allen einschlägigen Geschäften zur Anpreisung ihrer Waren benützt, so daß die Hausfrau hierin für ihren gesamten Bedarf gute Bezugsquellen findet. Sofern Sie Ihre Bestellung für Februar der Trägerin, Filiale, Agentur oder Hauptgeschäftsstelle übergeben, werden wir Ihnen die täglichen Ausgaben unserer Zeitung bis Ende dieses Monats kostenlos liefern. Se499

MARCHIVUM

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

In der Trierer Stadtverordnetensitzung teilte die Verwaltung mit, daß der Haushaltsplan einen Fehlbetrag von 481 000 Mark aufweise, ein Beweis dafür, daß die zu Beginn des Rechnungsjahres von ihr vorgeschlagene Erhöhung der Steuern auf 200 v. H. der Grundvermögenssteuer und 350 v. H. der Gewerbesteuer nicht nur unumgänglich nötig, sondern noch zu niedrig gewesen sei. Diese Erhöhung hätte eine Mehreinnahme von 350 000 Mark gebracht, und Trier hätte nach der Höhe der Steuersätze unter 25 westdeutschen Städten dennoch erst an drittletzter Stelle gestanden. Die Deckung des Fehlbetrags soll erst erfolgen durch eine Nachtragsumlage für die beiden letzten Monate in Form der Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 50 v. H. auf 200 v. H. und durch Wiedereinführung der Gebühren für Abwässer- und Abfallbeseitigung; der dann noch verbleibende Rest in Höhe von 389 000 Mk. wird aus dem Betriebs- und Ausgleichsfonds, der dann auf 123 000 Mark zusammenschmilzt, gedeckt. Weiter beschloß die Versammlung die Gründung eines Siedlungsverbandes des Stadt- und Landkreises Trier zur Aufstellung eines Siedlungsplans für das Moseltal von Conz bis Schweich, der nach den Vorarbeiten des Beigeordneten Dr. Keith und des Professors Schumacher von Professor Muesmann ausgeführt werden soll.

Die Bonner Stadtverordnetenversammlung bewilligte wiederum eine Nachforderung des Wohlfahrtsamts, nahezu 100 000 Mark, die notwendig wurde infolge der starken Zunahme der Unterstützungsempfänger, insbesondere der ausgesteuerten Erwerbslosen. Der Dezernent des Wohlfahrtsamts teilte mit, daß in Bonn 5070 hilfsbedürftige Familien mit 19- bis 20 000 Personen unterstützt werden, daß also jeder fünfte Einwohner Unterstützungsempfänger ist. Die Hochwasserschäden in Bonn werden auf 330 000 Mark geschätzt. Zur Beseitigung der wichtigsten Schäden bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 40 000 Mark. Auf Grund der neuen Richtlinien der Regierung über Zuschüsse und Darlehen zu Notstandsarbeiten hat die Verwaltung mehrere große Arbeiten in Aussicht genommen: eine Verbesserung der Kanalisation, die 1 074 000 Mark kostet, Straßenbauten mit 828 000 Mark Kosten, Sportplatz- und andre Anlagen, Wiederaufforstungen, Einrichtung eines Strandbades usw. mit 850 000 Mark Kosten. Sobald die Regierung die dafür notwendigen Zuschüsse und Darlehen bewilligt, kann mit den Arbeiten begonnen werden. Ueber 600 Erwerbslose erhalten dadurch Beschäftigung.

*

L. **Bruchsal**, 23. Jan. Das Stadtbauamt beabsichtigt, die früher genehmigten Pflasterarbeiten in der Württembergerstraße im Laufe der nächsten Wochen bei Eintritt von milder Witterung durchzuführen. In der jüngsten Stadtratssitzung wurde die Genehmigung hierzu erteilt. — Zur Abhaltung eines Kurses für Holz- und Marmormalerei wird der hiesigen Malerinnung ein geeigneter Raum der Gewerbeschule unter den üblichen Bedingungen überlassen. — Der stadträtliche Vergebungsausschuß wird ermächtigt, die Glaserarbeiten für die Schulhausbauten in der Kaserne zu vergeben.

L. **Bretten**, 28. Jan. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde mit Ermächtigung des Arbeitsamts Bruchsal nach den Bestimmungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und den Ausführungsbestimmungen dazu die zu leistende Pflichtarbeit auf 16 Stunden in der Woche festgesetzt. Der Antrag, für die Tage der Pflichtarbeit aus der Gemeindekasse einen Zuschuß zu leisten, wurde verbeschieden, bis nähere Erkundigungen vorliegen, wie der Fall anderwärts behandelt wird. — Zur Verbesserung der Wasserversorgung des Pfarrhauses der Ostpfarrei wird von der Gölshauserstraße aus eine direkte Leitung zu dem Gebäude geführt.

Aus dem Lande

Kr. **Heidelberg**, 27. Jan. Ueber die Bevölkerungsbewegung in Heidelberg wird uns von der städt. Nachrichtenstelle berichtet: Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im Jahre 1925 im Standesamtsbezirk Heidelberg, einschließlich der Vororte, insgesamt 2027 (im Jahre 1924 = 1850); davon sind 1463 (1409) ehelich und 564 (441) unehelich. In der Gesamtzahl sind 690 (533) Kinder ortsfremder Mütter eingerechnet. Totgeburten waren im vergangenen Jahre 90 (87) zu verzeichnen, davon 16 (20) unehelich. Auf ortsfremde Mütter entfallen 50 (51) Totgeburten. Die Zahl der Sterbefälle betrug insgesamt 1261 (1200); davon sind 167 (152) Säuglinge. Der Anteil der Ortsfremden beträgt 44,3 Prozent aller Gestorbenen; es sind 1925 569 Sterbefälle Ortsfremder gegenüber 498 (41,5 Prozent) im Vorjahre. Auch das Jahr 1925 schließt für die Gesamtstadt, wenn man die ortsfremden Fälle außer Betracht läßt, wiederum mit einem Geburtenüberschuß ab und zwar von 645 Geburten gegenüber 605 im Vorjahre. Eheschließungen fanden im abgelaufenen Jahre 745 (639) statt, Ehescheidungen wurden in die Standesregister 87 (61) eingetragen.

L. **Wiesloch**, 26. Jan. Am Montag, den 25. ds. Mts. fand die Gründung des hiesigen Verkehrsvereins statt. Für die konstituierende Generalversammlung wurde folgender provisorischer Vorstand gewählt: 1. Vorstand. Oberverwaltungsjustizsekretär Weis. 2. Vorstand Rechtsanwalt Speckert, Rechner Photograph Landes und Schriftführer Zutavern jun.

L. **Walldorf**, 26. Jan. Nachdem jetzt die Arbeiten im polizeigenen Gebäude der Hauptstraße erledigt sind und die Umstellung des Fernverkehrs auf Selbstanschlußbetrieb erfolgt ist, wird ab 27. ds. Mts. der Postdienstbetrieb in das neue Postgebäude verlegt werden. — Bei einem Streit stach ein zwölfjähriger Junge einen andern unweit des Herzens in die Brust, sodaß dadurch ernstliche Blutungen hervorgerufen wurden. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

□ **Weinheim**, 26. Jan. Auf dem Altenbacher Jagdgelände der Gemarkung Ursenbach wurden gestern abermals drei Wilderer festgenommen, die Rehe und Hasen erbeutet hatten. In letzter Zeit waren in dem dortigen wildreichen Jagdgebiet, das ein Weinheimer Fabrikant gepachtet hat, wiederholt Schlingensteller erwischt und ihrer Bestrafung zugeführt.

× **Mosbach**, 25. Jan. Der Neckar-Verkehrsverband hatte nach Mosbach eine Versammlung einberufen, um die Frage der Neckarkanalisierung zu klären. Der Hauptredner, Strombaudirektor Kona aus Stuttgart, wies in seinen sehr interessanten Ausführungen darauf hin, daß jetzt auf einmal Gegner des Projektes auftauchen, die man aber 1920 nicht sah. Damals wurde von den Ingenieuren die Rentabilität des Neckarkanalprojektes berechnet, aufgrund dessen das Reich diese Wasserstraße übernahm und mit dem Bau wurde begonnen. Damals war man in Nordbaden und Württemberg froh, Arbeit für die vielen Arbeitslosen zu haben, auch in Heidelberg. Jetzt ist das alles vergessen. Der Kanal ist angefangen und soll nun im Anfang stecken bleiben, weil man herausfand, daß der Kanal sich nicht rentiert. Vor hundert Jahren war der Schiffbetrieb auf dem Neckar einfach; er wurde durch die Kettenschleppschiffahrt verbessert und jetzt soll der Kanal als weitere Verbesserung für 1200 Schiffe gebaut werden, die eine 2,5 Meter tiefe Wasserstraße verlangen. Das ist das Verbrechen, das am Neckar begangen wird. Freilich hat sich die Rentabilitätsrechnung seit 1920 ungünstig verschoben, weil einmal die Löhne und der Zinsfuß sehr in die Höhe gegangen sind und weil die Kohle im Preis gesunken ist. Das konnte 1920 niemand voraussehen, so wenig wie jemand sagen kann, ob sich der Kanal einmal rentiere. Er ist angefangen und muß durchgeführt werden, weil das Kanalstück bis Heidelberg gar keinen Wert hat, im Gegenteil für die Schiffahrt hinderlich ist. Der Vorsitzende des Kanalvereins, Geheimrat Bruckmann aus Neckarsulm, betonte in der Aussprache, daß es für das südwestdeutsche Gebiet (Baden, Hessen und Württemberg) eine Schande sei, wenn es sich selbst herunterstehe. Der Nachbarstaat Bayern plant den Ausbau des Donau-Mainkanals, der Frankfurt zum Umschlaghafen macht und Mannheim verliert an Industrie, sobald der Kanal ins Neckartal nicht ausgeführt wird. Bayern streitet nicht. Im Gegenteil, das will von Berlin Geld zum Ausbau des Donau-Mainkanals. Es sprachen noch Bürgermeister Dr. Weiß aus Eberbach und Dr. Boulanger aus Mosbach. Die Einwände, besonders aus Heidelberg, wurden als nichtig erklärt. Der Neckar-Verkehrsverband nahm eine im obigen Sinne abgefaßte Entschließung einstimmig an.

Aus der Pfalz

* **Ludwigshafen**, 26. Jan. Der frühere Kommandeur des Landwehrbezirks Ludwigshafen und bis zu seiner Pensionierung Vorstand des hiesigen Versorgungsamtes, Oberst Eduard Hirschmann, ist im Alter von 61 Jahren aus dem Leben geschieden. Er kam als Hauptmann und Kompagniechef zum 18. Infanterie-Regiment in Landau und avancierte zum Major und Bataillonskommandeur des 22. Infanterie-Regiments in Zweibrücken. Nach seiner Pensionierung wurde er im Jahre 1913 zum Kommandeur des Bezirkskommandos Ludwigshafen ernannt.

* **Altrip**, 27. Jan. Seit einigen Tagen ist das hier in den Baracken an der Altriper Rheinfähre gelegene französische Wachkommando unter Mitnahme der Gesamteinrichtungsgegenstände nach Ludwigshafen abgerückt. Das Wachkommando war seit dem 18. Dezember 1918 dahier zur Schiffskontrolle und zur Ueberwachung des Rheinübergangsverkehrs in die Pfalz stationiert.

* **Gleishorweiler**, 26. Jan. Die älteste Frau der Pfalz, Frau Veronika Vogt, ist hier im 101. Lebensjahr gestorben. Im Juni 1925 hatte sie im Kreise zahlreicher Enkel und Urenkel ihren 100. Geburtstag feiern können und nahm beim Besuch des Landtages im Oktober den Besuch einer Deputation unter Führung des Vizepräsidenten Dörfler mit lebhafter Freude entgegen.

Gerichtszeitung

Amtsgericht Mannheim

§ **Mannheim**, 25. Jan. (Sitzung des Amtsgerichts Abt. 8). Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Dr. Leser. Vertreter der Anklagebehörde: Staatsanwalt Kloos.

Freigesprochen von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung wurde Architekt Wilhelm Möll aus Seckenheim. Am 6. August 1925, morgens zwischen 7 und 8 Uhr, stieß Möll, der mit seinem Motorrade von Seckenheim nach Mannheim fahren wollte, mit dem nach Heidelberg fahrenden Motorrad des Kaufmanns Ernst Rommeis zusammen. Der Anprall war so heftig, daß außer Beschädigung der Räder, Rommeis schwere Verletzungen am Kopfe davontrug, zu deren Heilung er sich zwei Monate lang im Krankenhause befand. Noch heute leidet Rommeis an den Folgen des Unfalls. Möll bestritt heute, daß ihn ein Verschulden an dem Zusammenstoß treffe, denn er habe nach Vorschrift die rechte Fahrtrichtung eingehalten. Auch der verletzte Rommeis hielt die rechte Straßenseite ein. Nach den Aussagen der Zeugen und dem Gutachten des Sachverständigen steht indessen unzweifelhaft fest, daß der schlechte Oberbau der fraglichen Straße die Schuld daran trage, daß die beiden Radfahrer keine ausreichende Spannung beobachten konnten. Diesem Umstande ist es nach Sachlage zuzuschreiben, daß die Räder aneinander prallten. Ein Verschulden des Angeklagten war hiernach nicht geschlossen. Verteidiger: R.-A. Dr. Gerhard.

*

§ **Berufung im Grans-Prozeß**. Am Sonntag hat Grans gegen das Urteil des Schwurgerichts Hannover durch das er wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, Revision eingelegt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Gatten, unseren lieben guten Vater *2378

Herrn Anton Wacker

im Alter von 59 Jahren, nach langem schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Christiane Wacker geb. Frech
Anni Wacker Heinz Wacker.

Mannheim, den 26. Januar 1926.
Lindenhofstr. 70a.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28 Januar, nachmittags 2½ Uhr von der hiesigen Leichenhalle aus statt.

Danksagung

Für die anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Herrn *234

Georg Adelmann

erwiesene Teilnahme sagen wir Allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Insbesondere danken wir den Herren Aerzten, Schwestern und Wärtern des städt. Krankenhauses für ihre liebevolle Behandlung und Pflege, Herrn Pfarrer Luger für seine trostreichen Worte sowie für die im Namen des städt. Beamtenvereins, Militärvereins und der Hausangestellten und Arbeiter des städt. Krankenhauses niedergelegten Kranzspenden

Frau Katharina Adelmann u. Kinder.

Statt Karten

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Anteilnahme beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes

Josef Müller

sage ich allen innigsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Dr. Fritz Kaufmann für die liebevolle Pflege, der Direktion, sowie Gesamtpersonal der Firma Brown Boveri & Cie., besonders herzlichen Dank dem Mannheimer Ruderklub, sowie für die zahlreichen Blumenspenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Apollonia Müller
geb. Hoffmann

*2315

Trauerbriefe liefert schnell **Druckerei Dr. Haas** G. m. b. H., E 6, 2.

Nachlaß-Versteigerung.

Im Auftrage der Erben versteigere ich aus dem Nachlaß der Frau **Karl Pfeffer Wwe.** am **Freitag, 29 Januar, nachm. ½3 Uhr** in **U 3, 16 II. Stock:** 1 schöne Bettstelle mit Drahtrost und Stelliger Wollmatratze, **2 schöne komplette Betten m. Drahtrösten und prima Roßhaarmatratzen.** 1 Pfeilerschränkchen, 1 Vertiko mit Glastüren, 2 zweitürige Kleiderschränke, 1 Weißzeugschrank, 2 Nachttische mit Marmor, 1 Waschkommode mit Marmor, 1 großer Spiegel, 1 Ausziehtisch eichen, 1 sehr **schöner Diplomatschreibtisch mit Ses el.** 1 Sofa, 1 Tisch, 1 schöner runder Tisch, Rohr- und Polsterstühle, **1 komplette Küche weiß.** 768

Th. Michel, Gerichtsvollzieher, Tel. 3250.

Oeffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 28. Januar 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal Q 6, 2, gem. § 1233 B. G. B. gegen bare Zahlung öffentlich versteigern: **18,8 m Hosenzeug, 67,6 m englisch Leder, 30,7 m Buxkin, 128 m Loden.**

772 **Weiler**, Gerichtsvollzieher

Zwangsversteigerung

Donnerstag, den 28. Jan. 1926, vormittags 11 Uhr werde ich an Ort und Stelle — **Friesenheimerstr. 2** — gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1 Einspindel-Automat, 1 Spiralbohrer-Schleifmaschine, 1 Leit- und Zugspindeldrehbank, 1 vierspindliche Bohrmaschine, 17 Schneidkluppen, 6 Dreibackenfutter

Anschließend hieran um 12 Uhr. Zusammenkunft Friesenheimerstraße 20: 2 Diplomatenschreibtische, 1 Rollschreibpult, 1 Schreibmaschine (Adler), 1 Aktenschrank, 1 Schreibtisch mit Stuhl, 1 Kassenschrank, 1 Bandsäge, 1 Fräsmaschine, 1 Abrichtmaschine, 1 Hobelmaschine usw.

Nachmittags 2 Uhr im Pfandlokal Q 6, 2: 1 Bücherschrank, 1 Speisezimmer, 1 Diwan, 1 Schreibtisch, 1 Kronleuchter, 1 Teppich, 1 Chaiselongue mit Decke, 1 Schreibmaschine (Mercedes), und verschiedenes. 774

Weiler, Gerichtsvollzieher.

„Bekömmlich u. mild"
war unsere Devise bei Zusammenstellung der Mischung für unsere neue

Bastei
zu 4 Pfg.

Sie befriedigt daher auf die Dauer den verwöhnten Raucher. Jedem der für verhältnismäßig wenig Geld etwas Gutes rauchen will, kann nur immer wieder mit Nachdruck empfohlen werden, rauche

Zuban-Zigaretten

Luiseninstitut Mannheim

Staatlich anerkannte, private katholische Höhere Mädchenschule mit Vorschulklassen, geleitet von Dominikanerinnen des Herz-Jesu Klosters, Mannheim, N 7, 14.

Aufnahmeprüfung.

Mittwoch, 17. März 1926. — Beginn 8 Uhr vorm. im Schloß, linker Flügel, Aufgang A, 2. Stock. Anmeldungen können täglich zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags in N 7, 14 erfolgen. (Geburtsurkunde, Tauf- und Impfschein, sowie letztes Schulzeugnis vorlegen.) **Die Schulleitung.** 748

Bäckerei Georg Mack
J 3a, 5 Tel. 3814
empfiehlt sein neu eingeführtes *2343

Hausbrot gr. Laib 58 Pf
das richtige Schwarzbrot, sowie prima
Roggenbrot, Bauernbrot
mit und ohne Kümmel,
Spezialität: Kölner Schwarzbrot
Bestellungen werden auf Wunsch ins Haus geliefert.

MARCHIVUM

National-Theater Mannheim

Vorstellung Nr. 167

Mittwoch, den 27. Jan. 1926

Für die Handwerkskammer Mannheim

Die Meistersinger von Nürnberg

von Richard Wagner. — Spielleitung: Karl Marx. Musikalische Leitung: Richard Lert.

Anfang 5 Uhr. Ende 10.15 Uhr.

Personen:

Rolle	Darsteller
Hans Sachs, Schuster (Meistersinger)	Hans Bahling
Veit Pogner, Goldschmied (Meistersinger)	Mathieu Frank
Kunz Vogelgesang, Kürschner (Meistersinger)	Fritz Bartling
Konrad Nachtigall, Spengler (Meistersinger)	Karl Mang
Sixtus Beckmesser, Stadtschr. (Meistersinger)	Hugo Voisin
Fritz Kothner, Bäcker (Meistersinger)	Carsten Oerner
Balthasar Zorn, Zinngießer (Meistersinger)	Joseph Gerharts
Ulrich Eißlinger, Würzkräm. (Meistersinger)	Alfred Landory
Augustin Moser, Schneider (Meistersinger)	Willi Kölsch
Hermann Ortel, Seifensieder (Meistersinger)	Adolf Karlinger
Hans Schwarz, Strumpfwirk. (Meistersinger)	Herm. Trembich
Hans Foltz, Kupferschmied (Meistersinger)	Franz Bartenstein
Walther von Stolzing, ein Ritter aus Franken	Alfred Färbach
David, Sachsens Lehrbube	Richard Riedel vom Opernhaus in Köln a. G.
Eva, Pogners Tochter	Aenne Geier
Magdalene, in Pogners Diensten	Emilia Poßzert
Ein Nachtwächter	Karl Zöller

Bürger und Frauen aller Zünfte, Gesellen, Lehrbuben, Volk, Mädchen. — 1. Aufzug: Im Innern der Katharinenkirche. 2. Aufzug: In den Straßen vor den Häusern Pogners und Sachsen's. 3. Aufzug: a) Sachsen's Werkstatt; b) Ein freier Wiesenplan an der Pegnitz. Das Stück spielt in Nürnberg, um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Spielwart: Anton Schrammel. — Beginn des II. Aktes: 6.45 Uhr, Beginn des III. Aktes 8.15 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten

Vorstellung Nr. 71

Mittwoch, den 27. Jan. 1926

BVB. Nr 901—917, 927—1000, 1061—1380, 1481—1530, FVd Nr. 22—50, 136—163, 431—487, 657—708, 818—851, 1902—1917, 1983—2000, 2504—2548, 2593—2632, 2686—2691.

Das weiße Kätzchen

Ein Lustspiel der Eifersucht in einem Vorspiel und 3 Akten von F. Walter Ilges. — In Szene gesetzt von Peter Stanchina.

Anfang 7.30 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Personen:

Rolle	Darsteller
Katharina II., Kaiserin von Rußland	Elvira Erdmann
Fürst Grigor Grigorjewitsch Orlow, Generaladjutant der Kaiserin	Joseph Renkert
Graf Panin, Großkanzler	Hans Godeck
Fürst Stanislaus Poniatowski	Albert Parsen
Fürstin Soße (Sonja) Daschkow, Hofdame und Freundin der Kaiserin	Lene Blankenfeld
Teplow, der Geheimsekretär der Kaiserin	Fritz Linn
Gabriele, Tänzerin an der kaiserlich italienischen Oper	Lilly Eisenlohr
Der Polizeimeister von Petersburg	Georg Köhler
Pompon, Hoffriseur	Gustav Rud. Sellner
Mascha, Kammermädchen der Kaiserin	Helene Leydenius
Iwan, Kutscher von Teplow	Anton Gaugl
Ein Soldat	Hans Joschn
Ein Lakai	Walter Sack

Vereinigte Konzertleitungen

Konzertverein E. V. Mannheim

Heute Mittwoch, abds 7½ Uhr, **Casino, R 1, 1**

Zika-Quartett

Janacek: Streich-Quartett, Smetana: Streich-Quartett e-moll, „Aus meinem Leben", Dvorak: Streichquartett op 106, As-dur. Kart. a. d. bek. Vorverkaufsst. u. a. d. Abendk.

V. K. L.

„. . . Den Deutschen fehlt ein Schuß Champagner im Blut"

hat **Bismarck** gemeint. Offenbar hat das Schicksal uns den Filmschöpfer **Ludwig Berger** gesandt, um uns das Fehlende nachträglich zu bescheren.

Stichworte

aus der Kritik der Vossischen Zeitung vom 20. Dezember 1925 über den Film:

Ein Walzertraum

Ludwig Berger ist der Schöpfer dieses Films und wird durch denselben S274

ganz Mannheim in die ausgelassenste Fröhlichkeit

versetzen!

Künstlerstube Landhäußer

S 6, 1 Telephon 794 S 6, 1

Am Donnerstag, den 28 Januar 1926 abends 8 Uhr

Lieder-Abend

des

Landhäußer Quartetts *4

u. andere Kunstkräfte.

Dazu die Hauskapelle mit Kapellmeister Karl Kürzer. Prima Weine! Anerkannt gute Küche

Voranzeige! Am Samstag und Sonntag jeweils abends 8.11 Uhr **Karnevalistischer Unterhaltungsrummel**

Ufa-Theater

P 6 Enge Planken P 6

Nur noch heute und morgen das Doppelprogramm:

— 1. —

Die Frau im Feuer!

Ein spannendes Drama in 6 Akten nach dem Roman von Hirschfeld

In den Hauptrollen:

Asta Nielsen
Alfred Abel

und andere erste Darsteller.

— 2. — S274

Das Warenhaus-Mädchen

Drama in 8 Akten, in der Hauptrolle:

Norma Talmadge.

— 3. —

Neueste UFA Wochenschau.

Anfangszeiten d. Filme wochentags 3.30, 4.50, 5.05, 6.35, 8.00, 8.10, 9.40—11 Uhr. Kass.-öffnung 3 Uhr. Eintritt jederzeit. Letzte Vorstellung 8 Uhr.

Kopf hoch, Charly

In guten Tagen nicht verzagen, ist nicht schwer! In schlechten Tagen Kopf hoch tragen, das ist mehr!

Mannheims grosser Maskenball in sämtlichen Räumen des Rosengartens

Preisgericht — amtierende Saalpolizei

Großes Volksgericht mit Strafabteilung

Eintrittskarten Mk. 9.60 einschl. Steuer. Reservierte Tische 15.— einschl. Steuer. Logen 4.— einschl. Steuer in den bekannten Verkaufsstellen

Jazzband-Kapelle

sucht sofort Engagement.

Angebote unter C. Q. 10 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *2329

Schauburg

K 1 Nähe Friedrichsbrücke K 1 Tel. 867 und 10085

Nur noch heute und morgen! die große E. Boardmann-Spielwoche:

1.

E. Boardmann, die amerikanische **Henny Porten** in ihrem neuesten Filmwerk

Frauen und Pferde

Ein fesselndes Filmspiel in 6 Akten.

2. Groß-Film:

Der stumme Ankläger!

Ein spannendes Drama in 6 Akten. In der Hauptrolle:

E. Boardmann.

In diesem Film wirkt außerdem der Wolfshund „Peter der Große" mit. Er übertrifft die Leistungen eines Rin-Tin-Tin! **Sie grenzen fast an das Unmögliche und werden die volle Bewunderung Aller finden:**

3.

Neueste Ufa-Wochenschau

Unter anderem:

Die große Explosion in Berlin

durch die ein 4stöckiges Haus zerstört und 9 Tote u. ca. 30 Verletzte zu beklagen sind

Anfangszeiten der Filme wochentags: 3.3 , 3.40, 4.40, 5.05, 6.00, 7.00, 8.10, 8.15, 8.25, 9.25 — 10.35 Uhr. Letzte Vorstellung Anfang 8.15 Uhr. **Eintritt jede Zeit.**

E 4, 10 Weinstube Schüßler E 4, 10

Mittwoch und Donnerstag *2348

Gr. Schlachtfest

Es ladet höflichst ein **Michael Schüßler**. Empfehle zugleich meinen guten Mittagtisch zu 80 Pfg. u. 1.30 Mk., sowie reichhaltige Abendkarte.

Tel. 1920 Max Josephstr. 2

Rest. Neckarschloß.

Heute u. morgen großes Doppel-

Schlachtfest

sowie reichhaltige Speisekarte zu bekannt billigen Preisen. — Empfehle gleichzeitig meine prima Weine von 30—60 Pfg per ¼ Liter, Spezial-Durlacher Hof-Bier, hell, sowie Kulmbacher dunkel. Es ladet ein *2351 **Heinrich Berod**

Wiener Restaurant

C 1, 10-11 „Kaufmannsheim" Tel. 7153

*66 Heute Mittwoch großes

Schlachtfest

wozu freundl. einladet Valentin Ding

Alhambra

P. 7. 23. TEL. 9202.

Nur noch 2 Tage!

Sie hören täglich bei uns das frohe, befreiende, herzliche Lachen bei den Königen des Humors S269

Pat und Patachon

der Welt witzigste Filmkomiker in ihrem neuesten Schlager

Pat und Patachon als Müller

ein urgelungenes Lustspiel i. 6 Akten

Ferner:

Lach' dich gesund

2 großartige Lustspiele 4 Akte

Die neueste Deulig-Wochenschau

zeigt u. a.: **Franz Diener**, der demnächst gegen **Breitensträter** kämpft — — Ferner

Die ersten Film-Aufnahmen vom Innern der St. Peterskirche in Rom

etc. etc.

Anfang 3 Uhr. Letzt. Vorst. 8.30 Uhr

ALHAMBRA

Ab Freitag:

Der Monumentalfilm:

Das Phantom der Oper

10 Akte nach dem ber. Roman von **Gaston Leroux** mit **Lon Chaney** und **Mary Philbin**

Die Hauptdarsteller in „Glöckner von Notre Dame" und „Rummelplatz des Lebens" S269

Zum

Maskenball!

Schminkstifte

Puder S55

Augenbrauenstifte

Lippenstifte

Hautcrême

Zur angenehmen Erfrischung

Köln. Wasser Nr. 4711

„das echte gegenüber"

Lavende. Nr. 4711

Der Dame Lieblingsparfüm:

Divinia 50 ₰

Klarybella 50 ₰

Tai Tai 1.— ℳ

Parfüm-Zerstäuber 50 ₰

Gesichtsmasken

Karnevalschmuck in reicher Auswahl

Emil Kraft

J 1, 6, Breitestr.

Vermischtes.

A. K. 10

Verabredung am Samstag 5—5⁰⁰ unlieb verhindert. Brief unter Ihrem Namen u. obigem Zeichen Hauptpost erbeten. G. U. *2164

Vereinen, Gesellschaften, Tanzlehrern etc. bringe ich meine

Restauration „Waldschlössel" Weinheim a. d. B.

auch für die kommenden Fastnachtstage in Empfehlung. Zirka 150 qm großer Saal. *2321 **Frau Hubig.** Tel. 63.

Rufe an!

für Abholen u. Zustellen von **Wäsche**

Telefon 10122

G 5. 10

Waschanstalt und Wäschefabrik **Schorpp**

Offene Stellen

Größere Firma (Tarifkl. I) sucht zu baldigem Eintritt 754

jüngere Stenotypistin

Bedingung: bessere Schulbildung. Anfängerin ausgeschlossen. Angebote unter C M 112 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Herren

mit Beziehungen zu besseren Kreisen ist die Möglichkeit gegeben, durch Betätigung als stille Vermittler für eine große kapitalkräftige Lebens-Versicherungs-Gesellschaft mit neuzeitlichen Tarifen, sich Em 17

lohnenden Nebenverdienst

zu erwerben. Interessenten wollen ihre Adresse unter H. M. 188 an **Rudolf Mosse, Mannheim** angeben.

Verkäuferin

durchaus erfahren, für erstes Feinkost- und Aufschnittgeschäft gesucht. *2306

Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsforderung und Lichtbild unter B. Z. 94 an die Geschäftsstelle.

Stenotypistin

jüngere Kraft, per sofort gesucht. Ang. unter C. R. 117 an die Geschäftsstelle. 784

Teilhaber(in)

gesucht.

Junger Fachmann sucht Teilhaber(in) mit 2000 bis 3000 Mark zur Eröffnung eines Zigarrengeschäfts in guter Lage. Gute Existenz. Angebote unter C. U. 14 an die Geschäftsstelle. *2334

Lehrling

für großes Anwaltsbüro zu Ostern 1926 gesucht. Angeb. unt. B M 81 an die Geschäftsstelle des Blattes B436

Musiker ges.

Klavier, Geige und ein Cello, zur Aushilfe. „zum Tortmunder", *2347 D 4, 15.

Tüchtige redegew. **Damen** zum Besuch von Privatkundsch. org. hoh. Prov. gesucht. Angeb. u. C S 114 a. d. Gesch. 269

Tücht. Verkäuferin für Metzgerei

sofort gesucht. Nur solche, d. i. d. Fach tätig waren, wollen sich melden. B43* Angebote unt. B X 92 an die Geschäftsstelle

Sauberes, anständ. jung. Mädchen

einige Stunden tagsüber *2308 **gesucht**

Rich. Geber, Schloß rechter Flügel (Aufgang Bildergalerie)

Glänzende

Existenz

Monatseinkommen 300 bis 600 ℳ u. weit mehr. Welcher bess. Arbeiter, Handwerker oder Herr sonst. Berufes, der sich keiner Arbeit scheut, beteiligt sich sofort an ein. neuen u. sicheren gewerblichen Unternehm. mit 1000 ℳ Barkapital. Nur ganz ausführl. Angebote über eigene Verhältnisse unt. P. T. 7188 an die Geschäftsstelle. Ca182

Stellen-Gesuche

Masch.-Ingenieur

27 J., guter u. flotter Konstrukteur, mit der Abnahme u. Überwachung i. Betriebe vertraut **sucht** gestützt auf la. Zeugnisse u. Ref. **Stellung** a. 1. Ap. II. 26, evtl. früher. *2330 Angebote unt. C. R. 11 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Küfer

18 Jahre alt, fleißig u. strebsam, sucht Arbeit, a. liebst. in Weinhandl. Angebote unt. D. A. 29 a. d. Geschäftsst. *2332

Schneiderin

in allen Näharbeiten bewand., sucht Beschäft. a. auß. d. Hause. Angebote erb. unter B. Y. 93 an die Geschäftsst. *2302

Mädchen

29 Jahre, in allen vorkommend. Hausarbeiten und Kochen bewandert, sucht Stelle zu Kinderlos. Ehepaar od. alt. Herrn. Angebote unt. D. O. 33 a. d. Geschäftsst. *2374

Mädchen

19 Jahre alt, v. Lande, sucht Stellung in besser. Haushalt. Angeb. unt. C. S. 12 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. *2331

Junge unabh. Frau

gewandt in Geschäft u. Haushalt, sucht tagsüb. Beschäftigung. Angebote unter D. K. 29 an die Geschäftsstelle. B150

Fräulein, 29 J. alt, selbst., m. gut. Zeugn., sucht sofort od. später Stellung als *2372

Alleinköchin

in Wein- od. gt. Speiserest. Adr. zu erfr. i. d. Geschäftsst. od. Ang. u. D. N. 32 an die Geschst.

Verkäufe

Aeußerst günstiger

Villen-Verkauf

in Heidelberg-Rohrbach

in schönster Lage. 10 Zimmer, vor der Villa Ziergarten, hinter derselben Gemüsegarten. 1914 erbaut. Bei Barzahlung äußerst preiswert abzugeben. Angebote unter C. P. 115 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 778

Haus

mit Laden, 3½ stöckig, in sehr gut. Lage preiswert für Mk. 12 000.— zu verkaufen. B148 Riedfeldstraße 73, 2. Stock rechts.

Personen-Auto

4-Sitzer, Vorschlicht, mit Anlasser, Verdeck bereits abnehmb. Felgen, 1550 ℳ zu verkaufen. *2319 **Franz Schreck**, Schwetzingerstr. 3a.

Landhaus

in der Nähe v. Mannheim gel. gen. 6 Zimmer u. Zubeh. 450 qm Garten. Alsbald nach Verkauf beziehbar. Preis Mk 20 000.—, Anzahlung M 10 000.

Wolff, Moos & Co Immobilien, La69 **Bensheim a. d. B.**

1 neue A. E. G. **Schreibmaschine**

1 Diplomat-Schreibtisch (dunkel Eiche) billig zu verkaufen. Angeb. unt. D. L. 30 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. *2369

Schreibmaschine

gebr. sehr billig abzug. **N 2, 1** Laden Tel. 3794 *2159

Wirtschaftsherd

gebraucht, a. Teilzahl. z. verkaufen. S18 **Krebs J 7, 11.**

Einige *2290

Wirbeltrommeln

u. Pauken sowie Messing-Becken billig zu verkauf. **Schmid, U 5, 9.**

Schadhafte **Teppiche** repar. erst unsichtbar **Teppich-Reparatur-Anstalt, M 2, 3.** B449

Wer? Heiraten

will, leiht od. kauft preiswert seinen Hochzeits- oder Gesellschafts-Anzug im Kaufhaus für Herrenbekleidung (Inh. Ringel) Mannheim **O 3. 4**, 1. Etage, Planken, neb. d. Mohren-Apotheke

Schöne seidene **Maskenkostüme** ganz neu, und **Domino** billig zu verleihen. B408 **C 4, 8, 4. St.**

Neue moderne

Zigeunerin

zu verleihen *2315 Eichendorffstr. 8, III lk.

Elegante Masken

billig zu verleihen. **Beilstr. 12, 2. Stock**, *2356 Tel. 5683.

Herren-, Damenmasken

zu verleihen u. verkauf. **S 6, 19, 3. St. Luis.** B429

Mittagstisch

im Abonn., 10 Karten zu ℳ 10.—. Echt Wiener Küche nur bei *2283 **Sieber, K 2, 15,** am Luisenring, früher C 1, 10.

Des Rätsels Lösung!

CREPE DE CHINE

Eine schwere Qualität in nur schönen Modefarben doppelbreit Meter zu

4.95 Mk.

Der wirkliche Wert dieser Ware ist Mk. 9.50

AUERBACHER

Ludwigshafen a. Rh., Ludwigstraße.

Nächste Badische Geld-Lotterien z. G. Bad. Gemeinde-Beamten

15000
5000

Ziehung 3. Febr. 1926

Mannheimer Fürsorge

16000
6000

Preis je 1 M
11 Stück 10 M.
Porto u. Liste je 25 Pf.

4036 GEWINNE BAR OHNE ABZUG

J. STÜRMER
Mannheim, O 7, 11
Postscheckk. 17043
Karlsruhe. S36
Hierbei all. Losverkäufern.

Bülow-Pianos u. Flügel
die Qualitäts-Marke
Neue u. gebrauchte liefert zu allerbilligsten Preisen u. bei Teilzahlung frei Wohnung. Abholung sofort postfrei. 659
Fr. Sterling, C 7, Nr. 6
Tausende Referenzen aus allen Kreisen

KARNEVAL-KOSTÜME

auch Maßanfertigung ab heute zu ermäßigten Preisen

Fischer-Riegel
Mannheim — Paradeplatz

Schnupfen
CRÊME DÉHNÉ · DAS BESTE · IN APOTHEKEN U. DROGERIEN

Uebergangshüte
für jeden Geschmack S10
Putzgeschäft Joos, Q 7. 20 II. Stk.

Empfehle mich in **Hohlsaum-**, Zick-Zack Maschinen- und **Handstickerei** für Kleider, Wäsche u. ganze Aussteuern, en Aufzeichnung jed. Art. **Pariser Plissée**
Tel. 9934 A. Sonnenfeld C 2, 19I
S 70

B 4.14 Georg Lutz B 4.14
Telephon 9831 *233
Herdfabrikation — Schlosserei
Alle Reparaturen an Herden u. Oefen
Ersatzteile — Spareinsätze (gesetzl. geschützt).
Fachmännische Ausführung.

Wir ersuchen unsere werte Kundschaft, die bei Ihnen vorkommenden Korbmöbel-, Stuhl- und Korbreparaturen sowie Neuanfertigungen in unseren bekannten soliden Werkstätten ausführen zu lassen und bitten, nichts für uns an Hausierende abzugeben, da wir niemand umherschicken. 790

Mannheimer Blindenwerkstätten.

G. Fleig, Korb- und Stuhlflechterei, Lindenhofstr. 68; G. Senft, Korb- und Stuhlflechterei, Schwetzingerstraße 128; Geschwister Fröhlich Korbmöbelflechterei u. Maschinenstrickerei Almenstr. 50, Nähe Neckarauerübergang.

Unsere Anzeigen-Auftraggeber

bitten wir die bei Stellen-Ausschreibungen eingehenden Zeugnisse, Photographien u. sonst. Unterlagen den Bewerbern baldmöglichst wieder zurückzugeben.

Die Geschäftsstelle S392
der Neuen Mannheimer Zeitung.

Für den

KARNEVAL

bringen wir alle Arten

MASKEN-STOFFE

in schönster großer Auswahl S327

Samte in schwarz und vielen Farben Meter **1.60**
Holländerstoffe

Seiden-Atlas 60 cm breit, schönstes Farbensortiment prachtvoll glänzende Qualität, riesig billig

Satinette hochglänzende Ware neueste Farben Mtr. **90** Pf.
Sendelstoffe

Clown-Flanelle verschiedene Arten, mit Tupfen usw Mtr. **85** Pf.

1.80 Tarlatane

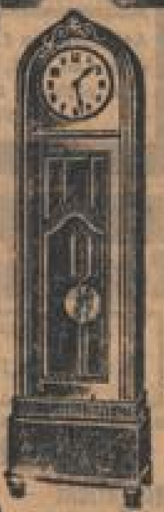
Schärpenstoffe in schön. bunt. Streifen m. Gold u. Silber Mtr. **1.35**

Ein Posten **Crêpe de chine** reine Seide, 90 cm breit, in den allerneuesten Lichtfarben Mtr. **4.95**

Besichtigen Sie unser Maskenfenster!

LANDAUER

Mannheim Q 1, 1 Breitestraße



Furtwängler
Stand-Uhren
Größte Auswahl
in allen Eichenfarben und in Eichen roh
Nußbaum, Mahagoni
mit
Kathedralgong
Bim Bam
4/4 Westminster S16
Mein Lager ist so groß und reichhaltig, daß für jede Einrichtung die passende Uhr vorhanden ist.
Besichtigung ohne Kaufzwang. Fachm. Bedienung
Ludwig Groß, F 2. 4a
Versand nach allen Plätzen unter Garantie für tadellose Ankunft.

Diese neue

National Kontroll Kasse
mit Total-Addierwerk und grosser doppelseitiger Anzeige
kostet nur **275 Mark**
Bequeme Teilzahlungen
National Kontroll Kassen sind seit 40 Jahren glänzend bewährt
Kaufen Sie deshalb keine Kontroll Kasse, ohne dieselbe mit National Kontroll Kassen verglichen zu haben
Musterlager: Mannheim, M. 2. 7.
Telefon: 4587

Drucksachen für die gesamte **Industrie** liefert prompt
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., Mannheim · E 6, 2

Verkäufe.

3 schöne Masken
für 8 Mk bezw. 10 Mk zu verk., sowie ein neues Kara-Kleid. *2330
Oppisheim, Q 2. 9—10

Neue Herren- und Damenmasken
bill. zu verk. u. zu verl. B418 C 8, 16, part.

Elegante seidene Maske
Page, Größe 44, billig zu verkaufen. B431
Lange Rötterstr. 78, 3. Stock links.

Sehr schönes
Masken-Kostüm
(Prinzessin Karneval) 1mal getr., bill. z. verk. B447 K 1. 6, 1 Tr.

Seid. Maskenkostüme
f. Damen u. Herr. bill. zu verkauf. u. zu verleih. B451 Uhl, K 1. 5, II.

Herrenkleider
getrag., mittl. schl. Figur abzugeben. *2303
Speyererstr. 10, 3. St.

Guterhaltenes vollständ. Bett, Schrank, Wasch- u. Nachttisch, (Marmor) (alles poliert) zu verkauf. ev. m. separ. Zimmer zu verm. Ang. unt. C. P. 4 a. d. Gesch. *2324

Ein Handwagen
billig zu verkaufen.
Stockhornstr. 2, (Jungbuschbrücke). *2545

Wolfshund
scharfer Wachhund, bill. zu verkaufen. *2350
Gebrüder Kappes, Lager Bunsenstraße bei der neuen Neckarbrücke.

Kauf-Gesuche.

Benzinmotor
gebraucht u. gut erhalt., w. a. reparaturbedürft., für kl. Wagen passend (wassergekühlt) sowie gut erhaltene
Hobelbank
zu kaufen gesucht. Angebote unt. B. U. 89 an die Geschäftsst. *2298

Einfamilienhaus
6—8 Räume sofort beziehbar, Oststadt o. Neuostheim, bei 35—40 Mille Anzahlung zu kf. ges. Gefl. Ang. u. C. O. 116 a. d. Geschäftsst. 782

Guterhaltenes
Biedermeier-Zim.
zu kaufen gesucht.
Ang. m. Preis u. C. Z. 19 an die Gesch. *2349

Ein gut erhaltene
Offiziers-Satteltasche
gesucht. Preisangebe unter B. O. 83 an die Geschäftsstelle. *2281

Miet-Gesuche

Wohnungstausch!
Gesucht in Mannheim: 4 Zimmer mit Bad etc. in gutem Hause. Geboten in Ludwigshafen: 4 Zimmer, Diele, Bad, Zubehör, elektr. Licht, Zentralheizung. Angebote unter C. G. 1 an die Geschäftsstelle *2314

Weinrestaurant
zu pachten oder zu kaufen gesucht Ea182
Angebote unter „Wein" an Ala-Haasenstein & Vogler Mannheim.

Wohnungstausch
Gesucht: 6 Zimmer-Wohnung, Oststadtlage, Hochparterre oder 1 Treppe. Zentralheizung.
Geboten: 6 Zimmer Wohnung mit reichlichem Zubehör, 1 Treppe Weststadtlage
Angebote erbeten unter C. K. 4 an die Geschäftsstelle dieses Blattes B442

5 bis 6 Zimmerwohnung
m. Nebenräumen, Nähe Bahnhof als Tausch gegen 4 Zimmerwohnung in der Oststadt **gesucht.**
Angebote unter C. X. 17 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. B446

Neu zu errichtende *2353
Kunstanstalt mit Maschinen sucht ca. 250-300 qm Räume
einschließl. Büro.
Angeb. unt. D. B. 21 an die Gesch. ds. Bl.

Miet-Gesuche.

1 großes
leeres Zimmer
mögl. Neckarstadt, per sofort o. spät. zu mieten gesucht. Ang. m. Preisangabe unt. C. G. 107 an die Geschäftsst. 277

Aelt. kinderlos. Ehepaar (Beamter) sucht
2 oder 3 Zimmer und Küche
in ruhig. Hause. Dringlichkeitskarte vorh. Angebote unt. L. X. 72 an die Geschäftsstelle 696

Lagerraum
für Kleinmaterialien der Elektrobranche (eventl. auch 2 Räume), mögl. Nähe Rheinstraße — Hauptzollamt, gesucht. Gefl. Angebote unt. A. Q. 60 an die Geschäftsstelle. *2317

Junge Dame sucht gut
möbl. Zimmer
mögl. mit sep. Eingang. Angebote unter C. I. 5 an die Geschäftsst. *2320

Vermietungen

1 Laden
mit 4 Nebenräumen, auch für Büro geeignet, sofort zu vermieten. B441 C 1, 17, 3. St.

2 schöne *2466
Zimmer u. Küche
Gas u. Elektr. in gutem Hause (Neckarau Schulstraße) gegen Unkostenvergütung zu vermieten. Dringlichkeitskarte erford. Angebote unter C. Y. 18 an die Geschäftsstelle

Gut möbl. Zimmer
m. elektr. Licht an bess. Herrn zu vermieten. B314 L. 4, 8, 3. Stock.

Gut möbl. Zimmer
an sol. berufst. Fräul. per 1. Febr. zu vermiet. Adresse in d. Geschäftsstelle ds. Bl. B406

Gut möbliert. Zimmer
mit el. Licht sofort an bess. Herrn zu vermiet. B438 L. 15. 16, 3. St.

Gut möbl. Zimmer
sofort oder 1. Febr. zu vermiet. Rheinaustr. 8, 1 Treppe links. B417

Einfach möbliert. *2343
Zimmer
für Herrn oder Dame Eichelsheimerstr. 16 4 St.

Schön möbl. Balk.-Zimmer
sehr nahe der Planken, sof. o. 1. Febr. zu verm. *2193 P 3, 8, 2 Tr.

Möbl. Zimmer
zu vermieten an Herrn. Max Josefstr. 3, B409 5. Stock.

Gut möbl. Zimmer
bis 1. Febr. zu vermiet. *2289 T 4. 5, 3. St.

Geldverkehr.

Kaufmann
sucht v. Selbstgeber geg. gt. Zinsen, prima Sicherh.
600 M.
Gefl. Angebote unter D. R. 36 an die Geschäftsstelle. *2331